

Der Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Seite oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Anträge für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm - Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Abonnements - Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummern 5 Pfg. Sonntags-Nummern mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragenen in der Post-Beilage-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montage.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 24. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ein Jahr Bergarbeiterbewegung.

Die Bergarbeiter-Organisation gehört wohl mit zu denjenigen, die fortgesetzt unter den größten Schwierigkeiten um ihre Existenz kämpfen mußten. Bald gelang es den übermächtigen Einflüssen des Unternehmertums zu fühlen, dann wieder drohte unausgesetzt der Streit mit den christlichen Organisationen den Fortschritt in der so schwer zugänglichen Arbeiterschaft dieses Berufes niederzubringen. Erfreulicherweise ist nunmehr eine Wendung zum Besseren eingetreten; nach dem jetzt in der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Jahresbericht hat die Organisation gute Fortschritte gemacht. Der Bericht bietet eine Fülle interessanter Betrachtungen, denn der Berichterstatter hat sich nicht mit einer kurzen Darstellung der Verbandsfähigkeit begnügt, sondern auch eingehend die wirtschaftlichen Verhältnisse einer trefflichen Beisprechung unterzogen. Bei der Bedeutung, die der Berg- und Hüttenbetrieb im modernen Produktionsgetriebe einnimmt, hat seine Würdigung vom Standpunkt der Gewerkschaft ein erhöhtes Interesse. Der Bericht wendet sich zunächst einer Betrachtung des wirtschaftlichen Aufschwungs der Periode von 1895 bis 1900 zu und enthält darüber folgendes:

In dem Zeitraum 1895/1900 hat die deutsche Montanindustrie einen nie gezeigten Aufschwung genommen. Es betrug die deutsche Produktion an (in runden Zahlen):

	1895	1900
Steinkohlen	79,16 Mill. Tonnen	109,22 Mill. Tonnen
Braunkohlen	24,78	40,27
Kohle	0,88	1,17
Ander Kalksalze	0,84	1,87
Eisenerze	8,43	18,98
Nisenerze	0,70	0,83
Kupfererze	0,83	0,74
Nobeleisen	5,46	8,49

Dah wir eine außerordentlich günstige Geschäftslage hinter uns haben, kommt auch zum Ausdruck in den Ziffern der beschäftigten Arbeiter. Wir benutzen hier die Angaben der Knappschicht-Verufsgenossenschaft, da sie am vollständigsten die Zahl der Berufs-genossen umfasst. Danach waren in den einzelnen Bezirken Personen verzeichnet:

	1895	1900
Bonn	83.584	104.142
Dachau	156.415	225.101
Krausthal	13.877	18.566
Salle	68.951	75.498
Waldburg	20.809	25.179
Zarnowig	61.202	77.678
Zwidau	28.826	29.346
München	7.686	9.550
Zusammen	430.820	565.060

Die Zunahme beträgt also über 134 000 oder etwa 33 Proz. In der Eisenindustrie hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 238 000 (runde Ziffer) in 1895 auf etwa 370 000 für 1900 gehoben. Einen solchen Aufschwung hat unsere Industrie noch nie zuvor erlebt.

Sehen wir nun auch zu, wie die überreichen Erträge der fetten Jahre unter Arbeiter und Kapitalisten verteilt wurden. Nach den amtlichen Nachrichten betrug der durchschnittliche Lohn der Bergleute in

	1895	1900
Oberschlesien (Steinkohlen)	675 Mark	877 Mark
Niederschlesien	697	910
Ruhrgebiet	908	1332
Saarbecken	929	1044
Wurmboden	868	1194
Haller (Braunkohlen)	749	931
(Salzbergleute)	988	1142
Wandfeld (Erzbergbau)	785	1013
Oberharz	608	665
Siegen-Rassau	620	996
Sonst. deutsch.	648	878
Linksrheinischer	616	720

Diese Lohnsteigerungen sehen recht anständig aus, aber es darf nicht vergessen werden, daß es sich hier um Jahressummen handelt, worin auch sämtliche Ueberschichten zum Vorschein kommen. Nun wurden 1895 aber noch teilweise Feiertagslöhne verauslagt, während 1900 eine Doppelschicht die andre jagte, 40 und 45 Schichten im Monat nicht zu den Seltenheiten gehörten. J. V. verfuhr der Ruhrbergmann durchschnittlich 1895: 305, 1900: 318 Schichten. Da 1900 der Durchschnittslohn sämtlicher Ruhrbergleute (amtlich) 4,18 Mk. betrug, so hätten sie im Berichtsjahr allein durch Ueberschichten 62,70 Mark mehr gegen 1895 verdient. Diese Summe kann schon nicht als „Lohnsteigerung“ angerechnet werden. Weht man recht nachgiebig zu Werke, so hat sich im besten preussischen Revier (an der Ruhr) der Jahreslohn der Arbeiter um 37 Proz. seit 1895 erhöht; in den andern Revieren ist die Steigerung weit geringer.

Aus Bayern und Sachsen und den andern Bundesstaaten stehen uns leider keine abgeschlossenen Lohnstatistiken zu Gebote. Wir sind hier auf die Angaben der Berufsvereinigungen angewiesen, mit denen indes auch die Werkblätter operieren. Danach hat die arbeitsfähige Lohnsumme pro Arbeiter betragen:

	1895	1900
Zwidau (S. Sachsen)	904,43 Mk.	1086,43 Mk.
München (S. Bayern)	854,93	956,95

In Sachsen wäre demnach das Jahreseinkommen des Knappen um 20 Proz., in Bayern um 12 Proz. gestiegen! Und diese minimalen Lohnaufbesserungen sind noch erzielt mit Hilfe von Ueberschichten und Mehrleistungen.

Es wird nun weiter untersucht, in welchem Verhältnis die Dividenden zu den erhöhten Arbeitslöhnen stehen. Wir wollen die sehr umfangreiche Liste der Gesellschaften und ihrer Dividenden in den letzten fünf Jahren nicht zum Ausdruck bringen, es genügt als Schlussergebnis folgendes:

Die Arbeiterlöhne sind im allgeringsten Fall um 37 Proz. gestiegen, dagegen nahm das arbeitslose Einkommen der Werkpapiereigentümer in derselben Zeit um 50, 100, 200, 300—1000 Proz. (z. B. Schaller & Co.) zu! Zugleich sind Bienenstimmern für Neubauten, Reu-Genwerbungen, Abzweigungen, Reservefonds, Antienten und Geschenke von dem Ueberschuss genommen, bevor die Auszahlung der Dividenden erfolgte. Neue ungeheuren Summen sind aber ebenfalls als Gewinn zu betrachten. Und unter solchen Umständen wagt die Wertepresse

noch über die „Zunahme des Arbeiterlohnes“ zu klagen! Dem Arbeiter ist sicher nichts geschenkt worden, für jeden Pfennig mußte er unter Lebensgefahr schwer schaffen, indessen der Aktionär und Augen-besitzer ohne einen Tropfen Schweiß zu vergießen seinen Zins verdoppelte bis verzehnfachte.

Und erst recht ist die Gewinnverteilung in der Montanindustrie empörend, wenn man weiß, daß seit Mitte 1900 schon auf zahlreichen Werken Lohnabzüge bei ständig steigenden Betriebsüberschüssen erfolgten. Die Lohnzunahmen sind aufgewogen worden durch die Steigerungen der Lebensmittel, der Mieten und Steuern. Noch stehen diese auf dem alten Stand, aber schon sind die Arbeiterlöhne umfassend und erheblich reduziert worden! Dies beweist sogar die amtliche Lohnstatistik für das Ruhrbecken, welche schon für das 4. Quartal 1900 einen Rückgang des Schichtlohns ergibt! Inzwischen ist die Lohnrückerei im laufenden Jahre stramm fortgesetzt worden — aber die Kohlen- und Coalspreise stiegen nicht, daher nehmen auch die Werksüberschüsse weiter enorm zu.

Steigende Werksüberschüsse bei erheblich reduzierten Arbeiterlöhnen — das ist zur Zeit die Signatur in der deutschen Montanindustrie. Wie ein solcher Zustand jeden Volksgenossen zur Empörung zwingt, ist leicht einzusehen. Aber es wäre nicht zu dieser aller Gerechtigkeit hochspruchenden Situation gekommen, wenn die Arbeiter unsere mahnende Stimme hörten, als es Zeit war, die Berg- und Hüttenarbeiter zum Kampf zu jagen und in starker, einmütiger Organisation von dem überreichen Ertrag der Arbeitskraft das gerechte Teil zu erstreiten.

Der Bericht beschäftigt sich dann mit der Arbeiterschutz-Gesetzgebung im Bergbau, wohl eine der wichtigsten Ausgaben der Berg- und Hüttenarbeiter. Das gesundheitschädliche und gefährliche des Berufs bedingte eine besondere Arbeiterfürsorge, die dem Staat die Pflicht auferlegt, soweit es im menschlichen Ermessen liegt, Vorkehrungen zu treffen, die die Sicherheit des Betriebs garantieren. Die Gesetzgebung hat sich dieser Aufgabe nur unvollkommen zugewandelt, deshalb hat auch die Organisation der Bergarbeiter unausgesetzt die sehr erheblichen Mängel, die durch den Aufschwung der Produktion nur noch vermehrt wurden, bekämpft und die Reformvorläufe propagiert. Es sind schließlich auch hier einige Erfolge zu verzeichnen, die noch eine größere Bedeutung beanspruchen könnten, wenn die erlassenen Vorschriften zum Nutzen der Arbeiter streng gehandhabt werden. Das ist leider nicht der Fall, denn es wird hierüber folgendes berichtet:

Am 17. Februar reichten wir die Forderungen der Ruhr-Bergleute an die Jechen ein und anfangs März machte das Dortmunder Oberbergamt eine Polizeiverordnung bekannt, die alle jene sanitären Grubenreformen vorsieht, die wir gefordert haben: Aborte, Waschanlagen (Frauen), Verbandstuben und Transportwagen für Verletzte und Tote. Das war ein großer Erfolg unserer Forderungen, der uns freilich hinstimmend begrüßt wurde, indem die Wertepresse behauptete, unsere Forderungen reumten „offene Thüren“ ein, alles das sei schon da. Darauf stellten wir durch Umfrage fest, daß auf 123 Ruhrgruben die behaupteten sanitären Einrichtungen entweder gar nicht oder nur mangelhaft vorhanden, und noch am Schlusse des Berichtsjahres wußten wir die Nichtbefolgung der Bergpolizei-Vorschriften vom 15. März 1900 zu konstatieren. Das ist ein Beweis dafür, daß trotz der „Ein-fahrer“ die Polizeiverordnungen wesentlich nur das Papier schmücken. Ein andres Beispiel für die totale Unzulänglichkeit unserer Grubenkontrolle ist dieses: Infolge einer Anzeige fand an „Oberhausen“ eine unvermutete Lampenrevision statt, wobei 700 Lampen als unbrauchbar befunden wurden.

Nach dem Vorliegenden begreift man, weshalb sich die Grubeninteressenten gegen Hinzuziehung der Arbeitervertreter zur Grubenkontrolle sträuben und alles in Bewegung setzen, um diese lästige Aufsicht abzuwenden. Zum Schluß wenden wir einen Blick auf die finanzielle Gestaltung der Organisation; auch hier kommt ein Aufschwung deutlich zum Ausdruck. Im Jahre 1894/95 hatte der Verband eine Einnahme von 11 796 Mk. im letzten Bericht für 1900 beträgt sie 215 186 Mk. Der Bericht besagt darüber:

Nehmen wir die Einnahmen in Betracht, dann entfällt auf den Monat des Berichtsjahrs 18 166 Mk. Einnahme, gegen 9012 in der vorigen Geschäftsperiode. Das wäre eine Verbesserung der Verbandseinnahmen um mehr als 100 Proz. innerhalb eines Jahres. Demzufolge liegt denn auch, trotz bedeutend höherer Ausgaben für Streiks, Agitation, Rechtsanw., Sterbegeld, Verwaltung etc. das Verbandsvermögen (ohne Immobilienwert) von 22 546,32 (1899) auf 63 921,90 Mk. beim Abschluß des Berichtsjahrs. Während unser Sparfassen-Guthaben anfangs 1900 sich auf 15 000 Mk. belief, stellte es sich anfangs 1901 auf 62 000 Mk. Dieses Finanzgebahren spricht am besten für die gesunde Lage unserer Organisation. Wir haben im verflossenen Jahre erhebliche Reumlagen in der Druckerei gemacht; ferner haben wir auch die bis 1893 zurückbleibenden Schulden des Verbands an die General-Kommission in Hamburg beglichen, so daß wir nun dort allen Verpflichtungen nachgekommen sind; sodann hatten wir zum erstenmal die Sterbegelder in der Höhe von 6400 Mk. auszuzahlen; schließlich waren wir genötigt, nahezu 6000 Mk. für die eigenen Streiks aus Verbandsmitteln auszugeben, neben den über 11 000 Mk., die freiwillig für die Ausstände der österreichischen und deutschen Kameraden gesteuert sind. Wenn wir trotz dieser enormen Reumgaben, denen sich naturgemäß höhere Dotierungen der älteren Ausgabenposten (besonders für Papier infolge der Papierpreis-Steigerungen) anreihen, der Mitgliedschaft einen bedeutend höheren Reuebestand wie im Vorjahre nachweisen, so ist dies schon allein in Anbetracht der drohenden, teilweise schon eingetretenen Geschäftskrise in der Montanindustrie freudig zu begrüßen. Die Krise wird uns vor schwere Aufgaben stellen, es bedarf der Anspannung aller geistigen und materiellen Kräfte, um die eroberten Positionen zu behaupten.

Wir dürfen wohl hoffen, daß nunmehr der Verband dauernd eine feste Grundlage gefunden hat. Dazu werden nicht wenig die Bemühungen beitragen, an größeren Orten unabhängige, vom Verband befohlene Leute mit der Führung der Geschäfte zu betrauen, in den hier eingerichteten Büros den bedrängten und gemißhandelten Arbeitern eine Zufluchtsstätte zur Verfolgung ihrer Rechtsansprüche zu schaffen und mit dem Ausbau des Unterstützungswesens das Interesse an der Organisation wachzuhalten. Gelangt es ferner, in den Gebieten wieder Fuß zu fassen, wo heute die Organisation unter der Verfolgung erdrückt wird, dann werden die Bergarbeiter bald mit größerem Erfolg gegen ihre mächtigen Widersacher den Kampf führen können und ihrem mühevollen Beruf nicht unter dem schweren Druck eines Gefühls der Kraftlosigkeit nachgehen müssen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Mai.

Warnungen.

Nur für die Socialdemokratie, die sich nicht irrtümlichen Hoffnungen anvertraut und die Notwendigkeit unverminderten zähen Kampfes gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion in Preußen und im Reich seinen Augenblick vergeht, ist die Situation klar und der Weg gewiesen. Alle andern Parteien irren in Unsicherheiten und Ratlosigkeit, in bangen Beschlüssen dessen, was der nächste Tag bringen wird. Die Konservativen und Agrarier können sich nicht aus den Veräglichungen lösen, die sie seit dem plötzlichen Landtagsabschluß bedrücken. Die „Deutsche Tageszeitung“ fährt auch heute fort, durch die Vorteile, welche der Socialdemokratie werden würden, die Regierung vor dem Kampf gegen die Junkerpartei zurückzuführen. Die Liberalen aber, die gern neuen Hoffnungen zueilen, werden ihres Hoffens doch nicht recht froh. Auch ihnen fehlt die Klarheit, ob die Regierung sich wirklich zu einer ernsten Fehde gegen die agrarischen Ansprüche entschließen könne.

Im „Hamb. Korresp.“, der oft gut unterrichtet ist, kommen heute die liberalen Besorgnisse stark zum Ausdruck. Anknüpfend an die Gollkonferenz der Minister fährt das Blatt warnend aus:

„Wir glauben nicht, daß die nach Berlin geladenen bundesstaatlichen Excellenzen die Widerstandsfähigkeit der Reichsregierung gegenüber dem agrarischen Aufstand stärken werden, sondern nach allem, was in wirtschaftspolitischer Beziehung aus Dresden, München, Stuttgart und Karlsruhe verlautet hat, sind die dortigen Regierungen zu einem bedeutlich hohen Grade von den Präjudizien befangen, die eine sorgfältig und planvoll geleitete, von einzelnen Reichsämtern bewußt oder unbewußt genährte handelsvertragsfeindliche Bewegung hinsichtlich der bevorstehenden Entscheidung zu schaffen gewohnt hat.“

Nun hat man wohl gesagt, die Sache der Handelsverträge werde von der Reichsregierung selbst bewirkt, von dem Grafen Bälou energisch genug vertreten und es sei deshalb auch überflüssig gewesen, zu der fraglichen Konferenz die Hansestädte hinzuzuziehen. Wir würden uns eine solche Vertretung unserer Sache durch den leitenden Staatsmann selbst sehr gerne gefallen lassen, wenn wir nur nicht einige Zweifel darüber hätten, ob der preussische Ministerpräsident der ganz geeignete Mann zur Uebernahme einer solchen Funktion wäre. Gewiß ist Graf Bälou ein weitblickender Staatsmann... Aber der Staatsmann muß mit den realen Faktoren rechnen, die ihm zur Durchföhrung seiner Pläne an die Hand gegeben sind, und damit steht es ja nun eigentümlich und unerfreulich genug. Ueber die Reichstags-Mehrheit ist ohnedies kein Wort zu verlieren, aber auch in den Reichsämtern und im preussischen Staatsministerium findet Graf Bälou weit mehr Persönlichkeiten und Momente, die ihn nach rechts ziehen als nach links. Gewiß bedeutet die letzte Umbildung der preussischen Regierung ein gewisses Abweichen von der äußersten Rechten und eine unmissverständliche ernste Warnung an sie... (Aber wer weiß, wie lange das dauert?) Die Handelsvertragsfeinde sind auch in der preussischen Regierung noch immer stark genug, und früher oder später werden die preussischen Agrarier wohl wieder Oberwasser haben. Panikanoia ohne sie nicht regieren!“

Der „Hamb. Korr.“ erklärt es dann als „Verlegung berechtigter Ansprüche und als eine Bedrohung unendlich wichtiger Interessen“, daß zu der erwähnten Ministerkonferenz die Hansestädte nicht eingeladen worden sind. Die Gefahr sei nicht vorüber, noch stehe die ganze Zukunft des Reichs auf dem Spiel.

Diese Schilderung der Situation ist für den Liberalismus recht beachtenswert. Vielleicht steht auch das Hamburgische Organ die Lage noch zu ruhig an. Die Reichsregierung wird von den Wotwucherparteiern nur so weit abdrücken, als der Druck der öffentlichen Meinung sie unwillkürlich zwingt.

Die Jucker-Industriellen gegen den Arbeiterinnen-schutz.

Nicht genug damit, daß der Jucker durch den Ring der Fabrikanten in geradezu wucherischer Weise verteuert wird, sind die Jucker-Industriellen auch von jeder Bemüht, die Arbeiter durch überlange Arbeitszeit und miserable Bezahlung auszubeuten. Zu diesem Zweck ziehen sie während der Campagne Armeen von Sachseingängern als Lohnrückerei heran und beschäftigen namentlich Arbeiterinnen, ohne Rücksicht, ob die von diesen geforderte Thätigkeit sie gesundheitlich ruiniert oder nicht. Unter den 75 000 Sachseingängern, die alljährlich aus Polen, Westpreußen, Schlesien, Pommern, Anhalt und Galizien in die Juckerfabriken wandern, befanden sich oft an zwei Drittel Arbeiterinnen!

Als 1901 im Entwurf zur Gewerbe-Ordnung für die Arbeiterinnen der elfstündige Arbeitstag und das Verbot der Nachtarbeit vorgeschlagen wurde, waren es besonders die Juckerfabrikanten, die darüber in helle Entrüstung gerieten. Unablässig bombardierten sie den Bundesrat mit Petitionen und erreichten es auch, daß das Verbot der Nachtarbeit für die Juckerfabriken erst vom 1. April 1898 in Kraft trat, während es für andre Industrien bereits vom 1. April 1892, also 6 Jahre früher, Geltung erlangt hatte. Und noch 1898 forderte der „Verein der Deutschen Juckerindustrie“ vom Bundesrat, daß die Erlaubnis der Nachtarbeit „vorläufig noch auf mindestens fünf Jahre verlängert werde“. Das war aber dem Bundesrat doch zu arg und die dreiste Zumutung wurde abschlägig beschieden.

Jetzt rufen sich die Juckerindustriellen abermals, um eine seitens des Bundesrats geplante Verbesserung des Schutzes der Arbeiterinnen zu Fall zu bringen oder wenigstens hinauszu-schieben. Wie in der Generalversammlung des Ber-

eins der deutschen Jucker-Industrie am 21. d. M. mitgeteilt wurde, will der Bundesrat eine Verordnung erlassen, daß vom 1. April 1902 ab Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht mehr zur Bedienung der Räder schwimmen, der Räderwägen und der Fahrstühle, sowie zum Transport der Räder in schwer fortzubewegenden Wagen beschäftigt werden sollen.

Es sind dies Arbeiten, die dem weiblichen Organismus besonders gesundheitsschädlich sind, weil sie eine krankmachende Körperhaltung, Luftmangel in nassen Räumen und Ueberanstrengung erfordern.

Der Generalversammlung wurde vom Vorstand des Vereins mitgeteilt, er werde bei der Regierung vorstellig werden, daß der bisherige Zustand erhalten bleibe! Die unerträgliche Habgier der Zuckerindustriellen will also nach wie vor die Arbeiterinnen rücksichtslos ausbeuten! Dabei kümmern sich manche Fabriken noch jetzt nicht um das seit 1898 bestehende Verbot der Nachtarbeit der Arbeiterinnen. Da die gerichtlichen Strafen lächerlich niedrig ausfallen, ist dies freilich kein Wunder. So wurde nach dem Bericht des Gewerbe-Aufsichtsbeamten für Merseburg von 1900 der Direktor einer Zuckerrabrik, welcher nachts in regelmäßiger Ablosung je 3 Arbeiterinnen beschäftigte, mit nur 10 M. bestraft! Und in wie wenig Betrieben ist es den Beamten möglich, festzustellen, ob Gesetzesübertretungen stattfinden! Bei den Reichstags-Verhandlungen über die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und über den Zuckerverkehr ist seitens unsrer Fraktion fast Jahr für Jahr auf die traurige Lage der Arbeiter und namentlich der Arbeiterinnen in dieser den Unternehmern so ertragreichen Industrie hingewiesen und andrängender Schutz verlangt worden. Nun wo der Bundesrat endlich diesen berechtigten Forderungen Rechnung tragen will, beabsichtigen die Zuckerindustriellen wohl nach dem berühmten Muster des Centralverbands der Industriellen und des Verbands der Bau-Unternehmer diesen Fortschritt des Arbeiterinnen-Schutzes zu hintertreiben. Es wird sich ja bald zeigen, ob der Bundesrat sich von den Zuckerindustriellen müde machen und sein bisheriges socialreformersches Wollen wieder bereuteln läßt!

Deutsches Reich.

Getreidezolldebatte im Landesauschuß für Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg wird uns vom 22. d. M. geschrieben: Auch unsre Agrarier begnügen sich nicht mit halben Maßregeln, sondern gehen frisch-fröhlich aufs Ganze. Gestern wurde die große reichsländische Steuerreform vom Landesauschuß verabschiedet, die nach den zuverlässigen Berechnungen des Unterstaatssekretärs v. Schraut der Landwirtschaft eine jährliche Entlastung von gegen 2 700 000 M. bringt, und heute beantragt die Agrarier des reichsländischen Parlaments die Beratung der Resolution zu Gunsten der Getreidezoll-Erhöhung, um von neuem durch Anstimmung der bekannten Klagen über die Not der Landwirtschaft die Regierung zur einseitigen Wahrung der agrarischen Interessen in Bewegung zu setzen. Der Vater der zur Verhandlung stehenden Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, im Bundesrat für eine ausreichende Erhöhung der Getreidezölle einzutreten, Sanitätsrat Dr. Höffel-Wuchweiler, hat in seinem Bezirke eine Enquete veranstaltet, die ergab, daß von den dort anässigen Klein- und Mittelbauern rund die Hälfte mehr Getreide baut als sie selbst verbraucht. Er giebt also selber zu, daß gerade die allerärmsten Bauern, die der Unterstützung am allerersten bedürfen, nicht nur keinen Nutzen, sondern direkten Nachteil von der Zollerhöhung und der damit verbundenen Preissteigerung des Brots haben werden. Dr. Höffel, wie die Abgeordneten Winterer und Wetzels, die sämtlich als Vertreter des Reichslands dem Reichstage angehören, erklären, daß mindestens 12 von den 15 Reichstags-Abgeordneten des Landes für die Zollerhöhung stimmen werden. Der Bürgermeister der Stadt Straßburg, Unterstaatssekretär a. D. Walz, sprach gegen die Agrarier. In dem Augenblick einer hereinbrechenden Krise von den Arbeitern Begeisterung für die Zollerhöhung zu verlangen, sei mehr als naiv. Das Vorgehen der Regierung gegen die zollgegnereichen Gemeinderäte von Mühlhausen und Mey habe der Agitation gegen den Drotwucher lediglich neue Nahrung gegeben. Ueber 60 Proz. aller reichsländischen landwirtschaftlichen Betriebe umfassen unter 2 Hektar und hätten deshalb kein Interesse an der Zollerhöhung.

Unterstaatssekretär Born v. Sulach giebt namens der Regierung die Erklärung ab, daß diese mit der Reichsregierung in der vorliegenden Frage einig gehe. Die Getreidezölle müßten eine mäßige Erhöhung erfahren, der Bogen dürfe aber nicht allzu sehr gespannt werden, damit der Abschluß von Handelsverträgen nicht gefährdet werde.

Staatssekretär v. Puttkamer wendet sich gegen die Behauptungen Wals bezüglich des Vorgehens der Regierung gegen die Gemeinderäte von Mey und Mühlhausen. Eine Stellung der Regierung in der Getreidezollfrage sei dadurch nicht erfolgt. Demgegenüber erklärt Abg. Walz das Recht der Gemeinden zur Stellungnahme in dieser Frage auf die Bestimmung der Gemeinde-Ordnung, daß die Gemeinderäte verpflichtet seien, die Interessen der Gemeinde wahrzunehmen. Die Zollerhöhung werde aber durch die Preissteigerung des Brots eine schwere Schädigung der städtischen Finanzen zur Folge haben, die hauptsächlich in der Minderung der Erträge aus den städtischen Verbrauchsabgaben und in der Erhöhung der Armenlasten zum Ausdruck kommen werde.

Der Landesauschuß stimmte schließlich dem Antrage Höffel mit etwa 35 gegen 15 Stimmen zu.

Die Reichstagswahl im Wahlkreise Grimmen-Greifswald.

Nach den bis jetzt vorliegenden Feststellungen erhielt der konservative Kandidat Landrat v. Behr 7304, der Freisinnige Goltze in 6019 und der Socialdemokrat Knapp 1830 Stimmen. Der Abgang der socialdemokratischen Stimmen um ca. 700 seit der 98er Wahl, so sehr er zu bedauern ist, erklärt sich wohl aus der Thatsache, daß die Wähler von vornherein die eigentliche Entscheidung zwischen den Agrariern und den liberalen Anti-Agrariern herbeiführen wollten. Vom allgemeinen politischen Standpunkt ist das Wahlergebnis demnach zu begrüßen. Denn trotz lebhaftester Wahlbeeinflussungen, trotz der Kandidatur des im Kreise amtierenden und persönlich beliebten Landrats haben in dem stark agrarischen Wahlkreise die agrarisch-konservativen Stimmen um 1000 abgenommen, dagegen ist die Zahl der Wähler, welche eine agrarische Zoll- und Drotwucher-Politik ablehnen, erheblich gestiegen. Während bei der vorigen Wahl die Konservativen im ersten Wahlgange feigten, ist zu hoffen, daß ihnen bei der jetzt nötigen Stichwahl das Mandat genommen wird.

Herr Paasche, der gleich rühmig für Frömmigkeit und Aufstrebend wirkt, hat am Mittwoch von seinen eigenen national-liberalen Freunden eine gehörige Abfuhr erlitten. Er hielt im Reichstags-Hause einen Vortrag über die politische Lage und führte aus, daß durch die Obstruktion die Ehre des deutschen Reichstags in den Augen des Auslandes sehr herabgesetzt worden, und machte hierfür allein die socialdemokratische Fraktion verantwortlich. Dieser Ansicht fehlte seine Parteigenossen trat Abg. Dr. Krause scharf entgegen. Er bemerkte: Er wolle dahingestellt sein lassen, ob eine Obstruktion in gesetzgebenden Körperschaften schon sei, in diesem Fall habe sie eine Berechtigung für sich gehabt. Das Vorgehen der

Majorität könne er nicht billigen. Der Seniorenlouvent des Reichstags sei zwar keine verfassungsmäßige Einrichtung, aber eine aus Zweckmäßigkeitsgründen hervorgegangene traditionelle Institution, deren Autorität immer respektiert worden sei, weil sie aus den Führern aller Fraktionen bestünde und geschlossen sei, um in schwerwiegenden Fragen einen Ausgleich zu finden. Der Seniorenlouvent habe einen Ausgleichsbescheid gefaßt, über den sich die Agrarpartei gläubte hinwegsetzen zu können.

Bei den National-liberalen giebt es keine einzige politische Situation, in der nicht eine Gruppe mit der andern in stärksten Gegensatz gerät.

Die Hofbanken.

Am 8. Juni findet die Generalversammlung der Pommerschen Hypothekbank statt. Bis dahin ist niemand in der Lage, ein sicheres Urteil über den Umfang der Mißwirtschaft, die auch bei dieser Bank ohne Zweifel getrieben ist, zu gewinnen.

In der Generalversammlung in Strelitz ist wenig Neues an den Tag gekommen, das für die Pfandbriefbesitzer Bedeutung hätte, für die Aktionäre allerdings mehr. Aber am Donnerstag ist infolge des Manns wieder ein großes Angebot von Pfandbriefen der Strelitzischen Bank erfolgt, so groß, daß gar kein Kurs festgesetzt werden konnte. Aber bis jetzt ist kein Beweis dafür erbracht, daß die beispiellose Mißwirtschaft der Direktoren die Pfandbriefkapitalien wesentlich geschädigt hat.

Die Mißwirtschaft besteht darin, daß die Direktoren Schulz und Romeid drei Ablegerfirmen gegründet haben, denen man ein von den Erben Bolkand in Pankow im Jahre 1898 für 3 Millionen Mark erstandenes Terrain aufhalfte. Dieses Terrain ist im Jahre darauf von der Pommernbank mit 12 1/2 Millionen beliefen.

Später, als ein großes Angebot von Aktien der Pommernbank erfolgte, haben die Direktoren jene Ablegerfirmen veranlaßt, für Millionen Mark dieser Aktien zu hohen Kursen herinzunehmen. Das Geld dafür ist aus der Strelitzischen Bank geliehen und zur Sicherheit sind dieser Bank die Aktien, und als der Kurs derselben fiel, noch 8 1/2 Millionen zweiter Hypothek auf jenes Panower Terrain gegeben. Es kommt nun sehr viel darauf an, wie viel das im Jahre 1898 mit 3 Millionen bezahlte, mit 21 Millionen Hypothek belastete Terrain jetzt wert ist. Die Schätzungen schwanken zwischen 7 1/2 Millionen und 30 Millionen Mark. Die niedrige Schätzung rührt von dem zur Opposition gegen jenen früheren Aufsichtsrat Schaubart her, und ist von diesem Herrn am Mittwoch berichtet worden; er sei jetzt überzeugt, daß das Terrain höher zu bewerten sei.

In übrigen geht dieser Posten die Pfandbriefunterlagen nichts an; für diese haften selbst bei der Strelitzischen Bank erst die Hypothekeln, die allerdings zu 1/3 Terrainshypothekeln sind, aber nach den Schätzungen der Regierung innerhalb 68 Proz. des Werts der Grundstücke liegen.

Die Verwaltung hat gegenüber dem Ansturm der Berliner Opposition, die von dem medlenburgischen Regierungskommissar sehr unterstützt wurde, sich behauptet; sie hatte, dank des oben geschilberten Aktienkaufs durch ihre Ablegerfirmen die große Mehrheit, ließ es aber zu, daß zwei Vertreter der Opposition in den Aufsichtsrat gewählt wurden.

Die Erfahrungen, die bei dem „Schlachtfest“ der Sandenbanken gemacht sind, können nicht ermutigen, Bestrebungen auf eine ähnliche „Sanierung“ bei der Pommernbank zu unterstützen.

Ausland.

Die Delegationen.

—st— Wien, 22. Mai.

Am Montag sind wieder einmal die Delegationen, dieses komische aller europäischen Parlamente, zusammengetreten, und Oestreich-Ungarn, von dem man in Europa sonst so wenig Notiz nimmt, hat nun wieder „internationale Beziehungen“. Sie existieren freilich nur in der Phantasie der aufgeregten Goluchowski-Offiziere; denn liest man die Ansprache, mit der der Kaiser die Aufwartung der Delegationen gestern beantwortet hat, so erkennt man sehr deutlich, wie verarmt und von den Ereignissen der Welt losgelöst das ehemals so mächtige und einflußreiche Reich der Habsburger geworden ist. Die Ansprache des Kaisers hielt sich in den allerbescheidensten Grenzen; sie ist nicht viel mehr als die Konstatierung einiger sehr bekannter Selbstverständlichkeiten. Der Kaiser konstatiert das unverändert herzliche Verhältnis zu den „mit uns alliierten Reichen“ sowie „die vertrauensvollen und durchwegs freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten“, woraus er die berechnete Hoffnung auf die weitere Erhaltung des Friedens ableitet. Ueber die Wirren in China, die allen anderen Staaten zu großen Aktionen geworden sind, begnügt sich die sogenannte Thronrede zu bemerken, daß „unsre Teilnahme sich in jenen Grenzen bewegte, die einerseits durch die Großmachtstellung der Monarchie, andererseits durch den verhältnismäßig geringen Umfang ihrer dortigen Interessen gezogen sind“. Das ist alles, und wenn die Delegierten Augen genug wären, so würden sie sich an dieser Bescheidenheit ein Beispiel nehmen und ihr selbstgefälliges Geschwätz „von Krieg und Kriegsgefahr“ diesmal gern unterlassen.

Aber darauf ist nicht zu hoffen. Graf Goluchowski mag nicht umsonst ein „auswärtiger“ Minister sein, und da er das ganze Jahr schweigen muß — er hat nämlich keine Stätte, wo er reden könnte —, so muß er die einmal im Jahre stattfindende Tagung der Delegation ausnutzen und sich beeilen, seine gesammelten Jahreserlebnisse fein und säuberlich vorzutragen. Es nimmt sich zwar recht komisch aus, wenn der Minister jetzt, wo man das chinesische Abenteuer zu liquidieren beginnt, von dessen Ursprüngen zu erzählen beginnt, und von allen möglichen Dingen redet, bei denen Oestreich-Ungarn — nicht dabei war. Und was die Herren Delegierten betrifft, so sind sie das ganze Jahr verurteilt, von der gewaltigen Frage zu reden, wie in Czastow oder Eger die Sprache der Berichte geregelt werden soll, so daß man es ihnen eigentlich nicht allzusehr verargen kann, wenn sie die seltene Gelegenheit benutzen und sich einmal in „auswärtiger“ Politik tüchtig austoben. Da die Delegationen auf den Gang der internationalen Dinge weniger Einfluß haben als ein Zeitungsartikel, so fühlen sich die Delegierten natürlich von jeder Verantwortlichkeit frei und lassen ihren persönlichen Antipathien und Sympathien freien Lauf.

Das Ausland kann nicht genug davor gewarnt werden, diese Delegationen ernsthaft zu nehmen. In dem Organismus der österreichisch-ungarischen Monarchie haben die Delegationen bekanntlich die Bestimmung, das gemeinsame Budget zu beschließen. Zwischen Oestreich und Ungarn sind dauernd gemeinsam — gemeinsam kraft der Natur dieses Staatenbundes, nicht bloß gemeinsam, wie die sonstigen gemeinsamen Angelegenheiten, kraft eines Vertrags — die auswärtigen Angelegenheiten, die Armee (See- und Flotte) und natürlich die Kosten dieser gemeinsamen Angelegenheiten. Diese Kosten bestimmen die Delegationen; ihre einzige Aufgabe ist demnach die Beschließung des gemeinsamen Budgets. Nach der Sachlage ist das nicht mehr als eine Formalität, und der formale Charakter dieses Rechts ändert sich nicht, weil die Herren Delegierten ihre Zustimmung zu den von den gemeinsamen Ministern aufgestellten Ziffern

folomen erst nach großem Getöse erteilen. Die Delegation ist ein auf ein Jahr gewählter Ausschuss des Parlaments; sie besteht aus sechzig Delegierten, von denen vierzig vom Abgeordnetenhaus, zwanzig vom Herrenhaus gewählt werden. Während aber im österreichischen Herrenhaus, und in Ungarn auch im Abgeordnetenhaus, die Delegierten aus dem Plenum gewählt werden, wird die Wahl im österreichischen Abgeordnetenhaus ländersweise vollzogen. Jedes der sieben Kronländer hat eine bestimmte Zahl von Delegierten zugewiesen — von einem bis zu zehn —, die Abgeordneten des betreffenden Kronlandes sind demnach für die Delegiertenwahl der Wahlkörper. Die Delegierten sind dadurch von dem, was man sonst Wähler nennt, völlig losgelöst, sie sind weder von wirklichen Wählern gewählt, noch von Parteien entsendet, nicht einmal vom Hause selbst bestimmt. Durch die Wahl drücken die „Wähler“ — eben die bunt zusammengewürfelten Abgeordneten des Landes — keine politische Ansicht aus, geben den Delegierten kein politisches Mandat, schreiben ihnen keine bestimmte Marschpforte vor. Aber von diesem der Institution selbst entstammenden Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl abgesehen, enthält die österreichische Delegation vorweg zehn Herrenhausmitglieder und zwölf Großgrundbesitzer-Abgeordnete; ihre natürliche Mehrheit hat also vorweg eine Richtschnur: Die Subordination in den Willen der Regierung, oder richtiger in den Willen der Krone. Erwägt man noch, daß dieses komische Parlament nicht spricht, wenn es die Ereignisse verlangen, sondern nur reden kann, wenn es grade einderufen ist — was oft ein Jahr nach den Geschehnissen erfolgt — so begreift man schon, daß die berühmten Delegations- Versammlungen eine erdunne Komödie sind, eine Komödie, die keinen andern Zweck hat als den, die Vierbantpolitiker zu ergötzen.

Oestreich-Ungarn.

Das Gesetz über die Reunionsindustrie.

—st— Wien, 22. Mai. Heute abend wird sich endlich das Abgeordnetenhaus mit der Vorlage über die Reunionsindustrie der Bergarbeiter zu beschäftigen beginnen. Der neuen, so „arbeitswilligen“ Majorität des Hauses — sie trägt die Bezeichnung mit Stolz und läßt sich darin nicht beirren, daß der Name seinen Ursprung eigentlich der deutschen Justizvorsorge dankt — hat es beliebt, die Verhandlung dieses Arbeiter-Gesetzes, des einzigen, das die Körberische Aera bisher hervorgebracht hat, aus dem normalen Gange der Verhandlungen loszulassen und dafür eigene Abendstunden anzuverleihen. Am Tage werden jetzt die Inzestionsvorlagen beraten, das Gesetz kommt zuerst, und heute morgen und übermorgen, abends, soll das Bergarbeiter-Gesetz fertiggestellt werden. Dieser äußerliche Umstand ist nicht unwichtig; die Vorlage gelangt nämlich so noch vor Pfingsten ins Herrenhaus, und da dieses Sonnabend noch eine Sitzung hält, so kam noch in dieser die Zustimmung an den Ausschuss erfolgen. Im Herrenhaus herrscht nämlich gegen den Gesetzentwurf eine mächtige Gegnerschaft, sitzen doch in der ersten Kammer die großen Kohlenproduzenten, vom Erzherzog Friedrich angefangen bis zu den wissenschaftlichen und unwissenschaftlichen Befehlshabern des Unternehmersprofits herunter. Das Herrenhaus wird also zweifellos den Versuch machen, die Beratung der Vorlage zu verschleppen, und es wird eines energischen Drucks bedürfen, die hochgeborenen Herren zur Anerkennung des Rechts der Arbeiter zu zwingen.

Die Vorlage hat einen langen Leidensweg durchgemacht, sie ist im Ausschusse mit einer unerhörten Breitspurigkeit beraten worden, aber sie ist trotzdem recht dürftig ausgefallen. Nach der von der Regierung eingebrachten Vorlage darf die Schichtdauer für die beim Kohlenbergbau in der Grube beschäftigten Arbeiter neun Stunden nicht übersteigen. Der Beginn der Schicht wird nach der Zeit der Einfahrt, ihre Beendigung nach der vollendeten Ausfahrt berechnet. Leider wird dieser Grundsatz, der immerhin einen ersten Fortschritt bedeuten würde, durch zahllose Ausnahmen um seinen Wert gebracht werden. Es kann nämlich „ausnahmsweise“ auch eine längere Schichtdauer — bis zum Ausmaß von zwölf Stunden mit einer zehn Stunden täglich nicht übersteigenden wirklichen Arbeitszeit — gestattet werden, wenn eine Ausrüstung der bisherigen Schichtdauer „im Hinblick auf die obwaltenden betriebsspezifischen oder wirtschaftlichen Verhältnisse eine Aufrechterhaltung des Betriebs unmöglich machen oder gefährden würde“. Die Bewilligung einer derartigen Ausnahme wollte die Regierungsvorlage in die Billik der Behörde legen; die Arbeiter sollten nur „angehört“ werden. Der socialpolitische Ausschuss hat jedoch auf den Antrag des Genossen Schuhmeier die Vorlage an diesem Punkte wesentlich verbessert; die Bewilligung kann nur nach Zustimmung des Lokal-Arbeiterausschusses, dem Ausschuss der obligatorischen Bergarbeiter-Organisationen, erfolgen. Gegen diese Abänderung hat sich die Regierung sehr energisch ausgesprochen, und im Wesen wird sich der Kampf im Abgeordnetenhaus nur um diesen einen Punkt drehen. Alles übrige ist nach der Sachlage eine entschiedene Sache, und so viele und so weitgehende Abänderungsanträge auch vorliegen: mehr läßt sich nach der Disposition der Regierung und insbesondere nach der Stimmung im Herrenhaus nicht erzielen.

Der weitestgehende dieser Abänderungsanträge ist von unsrem dem socialpolitischen Ausschuss angehörnden Abg. Schuhmeier eingebracht: ein regelrechter, bis ins Detail ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen, über die tägliche Arbeitsdauer und über die Sonn- und Feiertagsruhe beim Bergbau. Diesem Minoritätsvotum ist eine sehr ausführliche Begründung beigegeben, eine Arbeit von so ungemeiner Klarheit und Sachlichkeit, daß an ihr niemand, der sich für die komplizierte Frage der Arbeitszeit im Bergbau interessiert, vorbeigehen kann. Der Beweis, daß die Achtstundenschicht für die Arbeiter notwendig und für die Unternehmernützlich ist, ist damit mit durchschlagender Kraft erbracht. Nebenbei liegt ein Minoritätsvotum des christlich-socialen Abgeordneten Schöiswohl vor, wonach das Gesetz nicht bloß für den Kohlenbergbau, sondern für den gesamten Bergbau gelten und die Reunionsindustrie in zwei Jahren von dem Achtstundentag abgelöst werden solle. Im Abgeordnetenhaus wird das Gesetz im allgemeinen gar keinen Widerstand finden, und die Regierung könnte die Volksvertretung auch zu weitergehenden Entschlüssen mitziehen. Aber Herr v. Körber steht hier ersichtlich unter einem Druck: der Einfluß der Kohlenbarone, der dicht bis an die höchste Stelle reicht, bindet ihm die Hände.

Dänemark.

Das Ministerium bleibt! Als das Ministerium am 3. April bei den Folkething-Wahlen eine so gewaltige Niederlage erlitt, daß die Zahl seiner Anhänger im Folkething auf vier zusammenkam, glaubte man allgemein, daß ein Systemwechsel unmittelbar bevorstände. In entschieden liberalen Kreisen hatte man geplant, gleich nach den Wahlen in Kopenhagen einen Demonstrationszug zu veranstalten, um den König direkt zur Entlassung des Ministeriums aufzufordern, aber aus verschiedenen Anzeichen glaubte man entnehmen zu können, daß eine solche Maßregel nicht mehr notwendig sei. Sowohl in liberalen, als auch in konservativen Kreisen war man fest davon überzeugt, daß das gegenwärtige Ministerium durch

ein Vinken-Ministerium abgelöst werden würde, und sogar eine Reihe konservativer Zeitungen verlangte das, die übrigen rechneten damit als mit etwas ganz Selbstverständlichem. Der Minister des Innern, Bramsen, der gleich nach dem 3. April seine Demission eingereicht hatte, willigte ein, vorläufig zu bleiben, weil er glaube, daß die Lösung der ganzen Ministerfrage unmittelbar bevorstünde. Aber in den letzten 14 Tagen hat sich in konservativen Kreisen ein Umschwung der Meinung zu Gunsten der gegenwärtigen Regierung geltend gemacht, nachdem der König am Freitag Staatsratsprüfung abgehalten hatte; verkündigte am Sonnabend die offiziöse „Berlingske Tidende“, daß das Ministerium Scheitern bis auf absehbare Zeit im Amt verbleibt.

Gegen diese Mißachtung des Volkswillens soll am 5. Juni in Kopenhagen in einem großen Demonstrationenzug unter der roten Fahne protestiert werden. —

Norwegen.

Bei der Stimmrechts-Debatte trat der Staatsminister Steen sowohl im Odelsting als auch im Lagting sehr energisch für den Entwurf, also für die Einführung des allgemeinen kommunalen Stimmrechts und des Frauen-Stimmrechts ein. Im Lagting äußerte er sich am Sonnabend folgendermaßen:

„Nun wird auch seitens der Linken gefordert, daß man, um in der Kommune Stimmrecht zu erhalten, Steuern zahlen sollte. Ist denn nicht die Frucht von einem Mannes ganzer Arbeit mehr wert, als einige Kronen Steuer? Man erlebt also hier das eigenartige Schauspiel, daß eine Regierung für die Erweiterung der Volkssrechte eintritt, während eine Volkswirtschaft, deren Mehrheit einer ursprünglich radikal-demokratischen Partei angehört, sich schwankeud zeigt.“

Das Schicksal der Vorlage ist sehr zweifelhaft. Hält das Odelsting bei der nochmaligen Beratung seinen Beschluß bezüglich Annahme der Vorlage aufrecht, so geht diese an das Lagting zurück. Wahrscheinlich wird aber dieses bei seinem absteuenden Beschluß beharren; dann kommt die Vorlage in gesamtetem Storting zur Verhandlung und hier ist eine Zweidrittel-Mehrheit zu ihrer Annahme erforderlich.

Wird die Vorlage Gesetz, so wird die Zahl der kommunalen Wähler in Norwegen, die bisher ca. 300 000 betrug, auf circa 600 000 vermehrt werden, darunter ca. 200 000 weibliche. — In Christiania gab es bei der letzten Kommunalwahl circa 85 000 Wähler; hier würde die Zahl auf 70 000 anwachsen, darunter 30 000 weibliche.

Italien.

Selbstmord Brescis. Bresci hat in dem Gefängnis von Porto Longone Selbstmord verübt. Ein römisches Telegramm berichtet über die That folgendes Nähere:

Bresci war seit seinem Strafantritt trübe gestimmt, er sprach jedoch sehr gern. Als man ihm ein Schreiben anvertraute, erwiderte er: „Sie werden sehen, daß mein Tag nicht mehr sein ist, und Sie werden dann bedauern, mich so behandelt zu haben.“ In den ersten Tagen der vergangenen Woche verübte Bresci sich auf seinen Wächter zu stürzen; danach wurde er tobjähig, so daß man ihm eine Zwangsjacke anlegen mußte. In den letzten Tagen schien Bresci sich ganz geändert zu haben, er sprach nicht mehr und schien über einem Entschluß zu brüten. In der vergangenen Nacht riß er aus seinen Weinfleiden vier Streifen und verfertigte daraus ein Seil; dies befestigte er an der Decke und hängte sich daran auf.

Vor einiger Zeit verzeichneten wir bereits das in der italienischen Presse circuierende Gerücht, daß man Bresci durch schlechte Behandlung in den Wahnsinn getrieben habe. Obwohl anzunehmen ist, daß Bresci bereits sein Attentat im Zustand der Unzurechnungsfähigkeit ausgeführt hat, wäre doch eine gründliche Untersuchung der Vorgänge im Gefängnis dringend geboten. Dazu geben nicht nur die früheren Nachrichten über die Behandlung Brescis, sondern auch die näheren Meldungen über die Ausführung des Selbstmordes Anlaß. Nach einer Meldung des Korrespondenten der „Volk-Zeitung“ soll nämlich der Wärter das Köcheln Brescis wohl gehört, aber für das Geräusch der ferneren Meeresbrandung gehalten haben. Sei er dieser Täuschung nicht zum Opfer gefallen, so hätte er den Selbstmörder leicht abjähnen können. —

Asien.

Der Hof kehrt nicht nach Peking zurück.

„Laffans Bureau“ meldet aus Peking am 23. Mai: Die hohen Staatsbeamten, welche wiederum an den chinesischen Hof eine Eingabe gerichtet hatten, um denselben zur Rückkehr nach Peking zu bewegen, empfingen den Befehl, dieses Gesuch nicht zu wiederholen, bis alle fremden Truppen das Land verlassen hätten. Sobald die chinesischen Bevölkerungszahlen sich erholt hätten, könne dies geschehen sei, werde der Hof sofort zurückkehren, aber keinesfalls eher.

Die Kaiserin thate allerdings gut, sich davor zu hüten, daß das Los, das sie selbst dem Kaiser Kwangsu bereitet hat, nicht von den Wächtern nun auch ihr bereitet wird. —

Afrika.

Arabi Pascha begnadigt. Der Khedive hat, selbstverständlich mit der Einwilligung Englands, den nach Tschon verbannten ehemaligen ägyptischen Kriegsminister und Führer der nationalen Bewegung des Jahres 1882 begnadigt. Die Unabhängigkeitsbewegung wurde damals durch das völkerrechtswidrige Bombardement Alexandrias und die Schlacht bei Tel-el-Kebir, in der Arabi Pascha gefangen genommen wurde, niedergeworfen. Die Erlaubnis zur Rückkehr in das Vaterland nach neunzehnjähriger Verbannung wurde Arabi Pascha natürlich nur in der Gewißheit gegeben, daß nunmehr jede neue nationale Schilderhebung völlig ausgeschlossen ist. —

Partei-Nachrichten.

Das Internationale Socialistische Sekretariat zu Brüssel fordert die Mitglieder des Internationalen Komitees auf, sich zu einer Sitzung in Brüssel zu vereinigen. Die Zusammenkunft sei notwendig, um festzusetzen, welcher Art die Beschlüsse des Sekretariats sind, inwieweit es handeln kann, ohne zuvor die Zustimmung der Komiteemitglieder einzuziehen. Auf der Tagesordnung dieser Konferenz steht u. a. noch: Bericht des Sekretariats; Beitragsleistung; Herausgabe eines internationalen „Bulletin“ seitens des Sekretariats; internationale Demonstration der Arbeiterschaft gegen den Militarismus usw.

Totenliste der Partei. In München ist der Genosse Georg Riefer, Büchsenfabrikant im Alter von 53 Jahren am Herzschlag gestorben. Der Verstorbene gehörte seit Jahrzehnten der Partei an und hat schon in der Zeit des Socialistenstreikes für die Partei gewirkt. Die Leiche wird nach Heidelberg beifalls Einäscherung überführt. — In Nürnberg starb der Genosse Johann Krauß, der für die Partei stets in rührigster Weise thätig gewesen ist.

Der 9. Parteitag der dänischen Socialdemokratie findet vom 18. bis zum 20. Juli in Kopenhagen statt. Der letzte Kongress tagte 1898 in Odense.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung werden die neugewählten Stadtverordneten Stadtrat a. D. Bankdirektor Kämpf und Bezirksvorsteher Daber eingeführt und vom Vorsteher Dr. Langerhans auf die Städte-Ordnung verpflichtet.

Gelegentlich der Berichterstattung des Rechnungs-Ausschusses über eine Anzahl von Rechnungen bemerkt

Stadtv. Borgmann (Soc.): Bei einer früheren Gelegenheit hat die Versammlung die Rechnung der Kunstdeputation befragt. Dabei war seitens des Ausschusses moniert worden, daß ein Entwurf zu dem Eingangsthor des Friedrichshains von einem Mitgliede derselben geliefert und mit 1000 M. honoriert worden sei. Der Kollege Baurat Kuhlmann hat seiner Zeit, wie dem Ausschusse darauf mitgeteilt wurde, auf Veranlassung des Stadtbaurats Wankenstein den Entwurf geliefert. Ich bin durchaus davon überzeugt, daß die Arbeit 1000 M. Kosten verursacht hat; aber der Vorgang ist doch als solcher bedenklich. Wenn die Deputation außer Stande war, einen solchen Entwurf herzustellen, so war es doch ganz unangängig, daß die Kunstdeputation selbst eines ihrer Mitglieder damit beauftragte. Der Baurat Kuhlmann soll übrigens diesen Entwurf gar nicht selbst gemacht, sondern ein Mitglied der Bauverwaltung dafür in Bewegung gesetzt haben. Unter der heutigen Bauverwaltung dürfte ein solches Vorkommnis ausgeschlossen sein. Es ist aber notwendig, solches Verfahren in der Versammlung öffentlich zu rügen, damit sich in Zukunft dergleichen nicht wiederholt.

Stadtbaurat Hoffmann: Ich halte die Sache für sehr harmlos. Herr Kuhlmann hatte den Auftrag angenommen und benötigte natürlicherweise dazu eine Hilfskraft. Die 1000 M. sind lediglich die Auslagen für diese Hilfskraft, welche ihm auf Beschluß der Kunstdeputation für dieselbe vergütet worden sind.

Nachdem dazu noch die Stadtv. Mendel (N. L.), Borgmann, Singer und Rommsen das Wort genommen, werden die Rechnungen genehmigt.

Bei der Vorlage, betreffend die teilweise Anrechnung der Diätarzengeld bei der Anstellung ehemaliger Magistrats-supernumerare als Bureau-Affistenten empfiehlt Stadtv. Preuß (N. L.) die Aufstellung einheitlicher Grundzüge für diese Anrechnung durch eine generelle Vorlage und beantragt eine entsprechende Resolution.

Stadtv. Wallach (N. L.) spricht sich gegen diese Resolution aus, deren Tragweite gar nicht ohne weiteres übersehen werden könnte.

Stadtv. Cassel (N. L.) schließt sich dem an und giebt dem Stadtv. Preuß anheim, die Sache später als selbständigen Antrag wieder aufzunehmen.

Stadtv. Preuß zieht für jetzt die Resolution zurück. Oberbürgermeister Kirschner: Auf dem Wege eines generellen Schemas läßt sich die Sache nicht machen, da die Verhältnisse der einzelnen Kategorien unserer Unterbeamten sich zu verschiedenartig entwickelt haben. Man sollte doch auch auf diesem Gebiet endlich einmal etwas Ruhe geben. (Sehr richtig!)

Die Vorlage wird angenommen.

Das Ortsstatut für die Kanalisation von Berlin hat der Magistrat einer Umarbeitung unterzogen, die ihm vor allem infolge neuer Verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen hinsichtlich der Auslegung des Begriffs „Kupvertrag“ bei der Bemessung der von den einzelnen Grundstücken zu erhebenden Abgabe notwendig erschienen ist, aber auch das inzwischen ergangene Kommunalabgaben-Gesetz und die Ausdrucksweise des Bürgerlichen Gesetzbuchs berücksichtigt. Das Wort „Kupvertrag“ ist durch „Kupungswert“ ersetzt worden. Da Kirchen, Rasen und dergleichen öffentliche Gebäude einen eigentlichen Kupungswert nicht haben und die Heranziehung derselben zur Kanalisationsabgabe auf Schwierigkeiten gestoßen ist, so soll für diese Kategorie hinfort der Wasserverbrauch als Maßstab genommen werden.

Von mehreren Seiten ist Ausschüßberatung beantragt. Stadtv. Liebenow (N. L.) hält die Bedeutung der Vorlage für sehr weittragend und Ausschüßberatung für unbedingt notwendig.

Stadtv. Friedemann (N. L.) spricht anläßlich der Vorlage dem Magistrat wiederholt den Wunsch aus, daß der Versammlung eine Zulassenstellung der geltenden Ortsstatute zugänglich gemacht werde und benäugelt die unverständliche Sprache des Entwurfs.

Die Verweisung an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern wird beschlossen.

Auch das Ortsstatut von 1877 betreffend die Anlage von Straßen und die Heranziehung der Anlieger zu den Kosten der Straßenherstellung soll durch ein neues ersetzt werden, welches die verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen über die grundlegenden Bestimmungen des Fluchtlinien-Gesetzes von 1875 berücksichtigt. U. a. sollen jetzt auch die Einrichtungskosten der öffentlichen Straßenbeleuchtung den Anliegern und Unternehmern von Straßenanlagen auferlegt werden. Interimistische Bauarbeiten, wie Abortgebäude, Regelbahnen, Comptoirs, Wächter, Gärtnerhäuser und dergleichen sollen die Beitragspflicht nicht begründen, sofern sie nicht über 3 Meter hoch sind und höchstens 25 Quadratmeter Grundfläche bedecken.

Im Anschluß an eine von der Versammlung auf Antrag des Stadtv. Hugo Sachs am 1. Februar 1900 gefassten Resolution hat der Magistrat ferner folgenden Entwurf eines Gemeinde-Beschlusses vorgelegt:

1. Zweck und Zweck der Kosten für die Herstellung von Straßenverbreiterungen, Anlegung von Plätzen und sofern dadurch ein neuer Verkehrswege geschaffen wird, für Herstellung von Brücken, Straßen-Heber- und -Unterführungen einschließlich der hierzu erforderlichen Anrampungen und Zugangswege, haben diejenigen Grund-eigentümer und Gewerbetreibenden, denen hierdurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, Beiträge zu leisten, die nach diesen Vorteilen zu bemessen sind.

2. Diese Verpflichtung tritt nur ein, falls die erwähnten Veranlassungen von der Stadtgemeinde im öffentlichen Interesse vorgenommen werden. Solche Veranlassungen, mit denen nach dem 1. April 1895 begonnen ist, unterliegen bereits dieser Verpflichtung.

3. Soweit auf Straßen oder Straßenteile das Fluchtlinien-Gesetz von 1875 und das darauf gegründete Ortsstatut Anwendung findet, ist die Anwendung dieses Beschlusses ausgeschlossen.

4. Der Umfang der nach 1 und 2 eintretenden Verpflichtung wird im Einzelfalle durch besondere Beschlüsse nach Maßgabe des § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1903 von den Gemeindebehörden festgesetzt.

Für beide Vorlagen beantragt Stadtv. Cassel die Niederlegung eines Sonderausschusses von 15 Mitgliedern.

Nach kurzer Debatte wird dem Antrag gemäß beschlossen.

Von dem Stadtv. Wertens und Genossen ist am 25. April folgende Anfrage eingebracht worden:

Welche Gründe haben den Magistrat veranlaßt, den beiden Polizeiverordnungen

- a) über Aenderungen im Betriebe der Schank-geschäfte,
- b) in Bezug auf das Schließen der Häuser in der Nacht

die Zustimmung zu erteilen? Zu der Angelegenheit ist ein Antrag Friedemann-Preuß eingegangen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung rechtzeitig solche Polizeiverordnungen zur Kenntnisnahme und Aenderung vorzulegen.

Von der Beratung dieses Antrages in Verbindung mit der Interpellation wird aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen für heute Abstand genommen.

Stadtv. Wertens: Es ist mir beim besten Willen nicht möglich gewesen, den Wortlaut der beiden Verordnungen zu erlangen. Dieselben, namentlich aber die erste, haben große Aufregung hervorgerufen. Die Schankgewerbetreibenden, außerdem aber die Laienende von Arbeitern sind dadurch in erheblichem Maße benachteiligt worden. Der Hinweis auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und die bessere Hebung der „Kassen“ kann doch unmöglich durchschlagend sein. So wie jetzt lam die Sache nicht bleiben. Der Zwang des Häuserchlusses ist ebenso überraschend gekommen und auch dafür nur die Ruhe und Ordnung auf der Straße ins Feld geführt worden. Nachdem 1894 der polizeiliche Schluß der

Häuser aufgehört hat, ist der Häuserchluß privialim durch Genossenschaften durchaus zufriedenstellend geregelt worden. Jetzt will die Polizei den Hauswirte für die Ruhe und Ordnung im Hause und auf der Straße verantwortlich machen. Da müßte der Birt doch unmittelbar neben der Handthür schlafen. (Heiterkeit.) Neuen Chilanen gegen die Hauswirte wird auch damit Thür und Thor geöffnet. Der Oberbürgermeister will doch sonst die Stimmen der Bevölkerung aus diesem Saal vernehmen. Der Magistrat hätte wohl die Pflicht gehabt, auch bei solchen eingreifenden Neuerungen uns vorher zu fragen.

Oberbürgermeister Kirschner: Die Polizeiverordnung wegen des Häuserchlusses scheidet aus der Beratung aus, denn sie ist eine sicherheitspolizeiliche und bedarf der Zustimmung des Gemeindevorstands überhaupt nicht. Der Polizeipräsident hat uns mir zu einer gutachtlichen Aeußerung aufgefordert. Diese ist nicht zu Gunsten der Verordnung, sondern dagegen ausgefallen; wir haben sie weder für notwendig noch für zweckmäßig gehalten und davon abgeraten. (Sehr gut!) Was die andre Verordnung betrifft, so hat sich der Polizeipräsident schon im Januar an uns gewandt und mitgeteilt, daß der Straßenverkehr in den frühesten Morgenstunden gerade durch Lokale, welche nach 11 Uhr abends nicht offen sein dürfen und von dem fittlich am kimmerlichsten ausgestatteten Publikum (Heiterkeit) besucht werden, in welchen sich die Verbrechertwelt Rendezvous giebt, empfindlich gestört wird und daß es zu Strafsentenen höchst bedenklicher Art kommt. Nur diese Lokale sollen getroffen werden, nicht etwa solche, wo ein Bedürfnis für den Verkehr vorhanden ist. Der einzige Weg aber sei der der Ausdehnung der Polizeistunde und der Gewährung von Ausnahmen für den soliden schankwirtschaftlichen Betrieb, der auf die Befriedigung eines berechtigten Bedürfnisses abzielt. Für Schankstätten, wo Arbeiter ihre Getränke vor dem Arbeitsbeginn zu entnehmen gewohnt seien, ferner für solche in der Nähe von Parkhallen z., werde die Erlaubnis, vor 6 Uhr zu öffnen, niemals verweigert werden. Wir haben darauf die Schließung bis 5 Uhr empfohlen. Der Polizeipräsident hat aber nochmals auf die gefährlichen Zustände hingewiesen und abermals verhärtet, daß Schankstätten, welche nicht unter den Begriff der Bars, Kassen und dergleichen fallen, auch nicht unter diese Polizeistunde fallen sollen. In jedem Falle eines hervortretenden Bedürfnisses solle die Erlaubnis erteilt werden. Demnach hat der Magistrat schließlich seine Zustimmung gegeben. Reichlich hat ja der Magistrat allein die Entscheidung zu verantworten und hat nicht die Verpflichtung, an die Versammlung zu kommen. In einzelnen wichtigen Fällen hat der Magistrat auch die Versammlung gehört; darüber wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein. Es wird die Besprechung der Anfrage beschlossen.

Stadtv. Friedemann: Da mein Antrag in der nächsten Sitzung selbstständig verhandelt werden wird, gehe ich heute auf die principielle Frage nicht weiter ein.

Stadtv. Ewald (Soc.): Wenn der Magistrat durch den Polizeipräsidenten wegen des Häuserchlusses gutachtlich gehört wurde, hätte er sich nichts vergeben, wenn er auch in diesem Falle der Versammlung Mitteilung gemacht und ihre Wünsche vernommen hätte. (Sehr richtig!) In der Schankstättenfrage ist ja ordnungsmäßig verfahren worden und der Magistrat ist ja auch berechtigt, das größte Vertrauen in das Bestreben des Polizeipräsidenten zu setzen; aber der jetzige Inhaber dieses Amtes könnte andern Platz machen, die eine andre Auffassung haben. Nach den Versicherungen des Polizeipräsidenten wird die Ausnahme zur Regel gemacht, es wird alles in das Verlieben und die Discretion der Polizei gestellt. Wenn die große Mehrzahl der im Wirtschaftsgebiete Thätigen von dem Verlieben der Polizei abzuhängen hat, so steht es sehr schlimm um sie. Schon die Festsetzung der abendlichen Polizeistunde hat zu vielen Mißständen und Säcerereien, die ich heut nicht wieder aufrollen will, Veranlassung gegeben; dieselben Beweggründe werden die Polizei auch bei der Festsetzung der morgendlichen Polizeistunde leiten, und da spielt nicht bloß das Bedürfnis eine Rolle, sondern auch andre Faktoren. Erlernt der Polizeipräsident die frühere Deffnung der Schankstätten für weite Kreise der Bevölkerung als notwendig an, so sollte dies doch zur Regel erhoben werden. Magistrat und Oberbürgermeister haben sich ja korrekt verhalten. Die Polizei sollte sich doch über ihre Aufgabe nicht zu leicht machen; wofür ist sie denn da, wenn nicht für die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen? Vermag sie das nicht, dann soll sie abdenken und einer andren Organisation Platz machen. Wir stehen aber vollkommenen Thatsachen gegenüber und müssen uns damit einverstanden abfinden. Das kollegiale Verhältnis zwischen Magistrat und Versammlung hätte es aber als richtiger erscheinen lassen, wenn letztere rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden wäre und ihre Meinung hätte kundgeben können; um so größeren Nachdruck hätte ja sein Urtauten bei der Polizeibehörde üben müssen. Ich hoffe, daß der Magistrat in künftigen dergleichen Fällen die Versammlung nicht übergehen wird. (Beifall.)

Stadtv. Cassel tritt den Ausführungen der Vorredner im Wesentlichen bei.

Stadtv. Ewald (Soc.): Die Gastwirte in Berlin haben das beneidenswerte Vertrauen des Oberbürgermeisters zum Polizeipräsidenten nicht, und zwar können sie sich dabei auf ihre Erfahrungen. Auf den Werten müssen die Stall- und Steinträger schon um 3 Uhr morgens anfangen. Haben sie bisher bei einem bestimmten Gastwirt ihren Bedarf gebedt, so wird das jetzt ihnen nicht mehr möglich sein, weil dieser die Erlaubnis vor 6 Uhr zu öffnen, nicht bekommen wird. Es werden ja auch die Kassen-wirtschaften davon betroffen; unter Umständen bekommt der Arbeiter also vor 6 Uhr nicht einmal Kaffee. Wir wollen keine „Ausnahme“-wirtschaft, die diejenigen, die früher öffnen wollen, zwingt, um Gnade zu betteln. Hier hätte der Magistrat sich über die Stimmung der Bürgerchaft durch Befragung der Versammlung informieren sollen; jetzt ist es dazu zu spät.

Damit schließt die Besprechung; die Anfrage ist erledigt. Die im ersten Stock des Gemeinde-Schulgebäudes kleine Frankfurterstraße 6 befindlichen Räume des Staudesamts VIIa müssen erweitert werden. Es soll zu diesem Zweck die in demselben Gebäude befindliche Steuer-amtswelle VIII in Mieträume verlegt werden. Der Magistrat schlägt vor, im Hause Neue Königstr. 80a solche Amtsräume nebst Dienstwohnung für jährlich 2800 M. zunächst auf drei Jahre zu mieten.

Stadtv. Hoffmann (Soc.): Ich habe schon bei der Statüberlegung darauf hingewiesen, daß die Gemeindegemeinde in diesem Gebäude unter großem Raummangel leiden muß. Wenn man jetzt vier große Zimmer frei macht, so hätte man mindestens zwei davon der Schule wieder geben sollen. In der zweiten Etage des Hauses sind drei Zimmer für einige Beamte der Straßeneinigung eingerichtet worden. Eines dieser großen Zimmer dient gegenwärtig als Pflanz. Der Mißstand für die Schule ist inzwischen noch verschlimmert worden, da man den Handarbeitsunterricht wieder in einem Partiererraum mit völlig ungenügendem Licht untergebracht hat und so den Kindern von Schulwegen die Augen verderben hilft. Viel nötiger als die Erweiterung des Staudesamtsräume ist diejenige der Klassenzimmer.

Oberbürgermeister Kirschner: Wenn bei der beabsichtigten Aenderung auch den erwähnten Mängel der Gemeindegemeinde abgeholfen werden kann, wird dem nichts im Wege stehen.

Die Vorlage wird angenommen. Schluß 1/8 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins.

Bekanntlich befinden sich die Parbergelassen schon seit Wochen in der Lohnbewegung, ohne indeß zum gewünschten Resultat zu kommen. Alle Einigungsversuche scheiterten an dem Widerstand der Arbeitgeber, trotzdem die Lohnkommission das weiteste Entgegenkommen zeigte. Nachdem nun selbst die Einigungsvorschläge vor

em Einigungsamt von Seiten der Arbeitgeber abgelehnt wurden, dürfte der Ausstand unvermeidlich sein. Sollte die Versammlung am 24. den Ausstand beschließen, so beabsichtigt die Lohnkommission in sämtlichen Lokalen, in welchen die Gewerkschaftsmitglieder verleben, streikende Vorarbeiter zu beschäftigen, um so den großen Bedarf, der zu den Feiertagen eintritt, zu Gunsten der streikenden Vorarbeiter auszugleichen. Es werden in den Lokalen 3—4 Gehilfen beschäftigt werden und der Betrag wird dem Streikfonds zugewandt.

Wir ersuchen nunmehr die organisierte Arbeiterschaft, sich vom Sonnabendmittag ab in den bekannten Zahlstellen-Lokalen bedienen zu lassen. (Die genaue Liste der Lokale folgt.)
Der Vertrauensmann der Vorarbeiter.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung der Tabakarbeiter in Nordhausen. Wie berichtet wird, kommen 10 Firmen bei dem Ausstand in Betracht. Von den in diesen Betrieben beschäftigten 210 Spinnern, 92 Spinnerlehrlingen, 519 Vorlegern und Deckenmacherinnen, 178 Nollschneidern und 144 sonstigen Tabakarbeitern befinden sich 208 Spinner, 17 Spinnerlehrlinge, 366 Vorleger- und Deckenmacherinnen, 115 Nollschneidern, 9 sonstige Tabakarbeiter und 4 Cigarrenarbeiter im Ausstand. Die Gesamtzahl der für ihr Koalitionsrecht kämpfenden beträgt demnach 719.

Die Maler in Bremen haben durch ihren Streik bei 34 Meistern die Anerkennung ihrer Forderungen erzielt, 580 Gehilfen befinden sich im Ausstand.

Nach Vauhen ist der Zugang für Tuchmacher fernzuhalten, da in der Arbeitergesellschaft Lohnforderungen ausgedroht sind.

Der Streik der Former in Kuerbach hat den Erfolg gehabt, daß die Lohnreduktion zurückgezogen wurde.

Die Gewerkschaften in Mannheim weisen die reisenden Arbeiter darauf hin, daß seit dem 1. Mai das Gewerkschaftshaus zum „Weißen Lamm“ H. 1. Nr. 4 eröffnet ist, in welchem den Reisenden gutes Quartier geboten wird.

Das Stuttgarter Arbeiterssekretariat erteilt nach seinem Bericht für das Geschäftsjahr 1900 an 8408 Personen Auskunft. Gegen das Vorjahr ist ein kleiner Rückgang eingetreten, der nach dem Bericht darauf zurückzuführen ist, daß von den Personen, die ihre Organisationszugehörigkeit nicht nachweisen können, eine kleine Gebühr erhoben wird, ferner aber auch erregte wirtschaftliche Kämpfe fehlten, die Konflikte herbeiführten. Neu ist in dem Stuttgarter Sekretariat, daß die Auskunftserteilung an Nichtorganisierte nur gegen eine kleine Gebühr erteilt wird.

Umstände haben sich, wie es im Bericht heißt, bei der Gebührenerhebung nicht ergeben. In allen Fällen wurde der geringe Betrag gern gezahlt, und das vielfach sogar da, wo in Rücksicht auf die Lage der Auskunftsfindenden die Forderungen einer Gebühr unterblieben. Dagegen wurden diejenigen ferngehalten, denen es ohne ersichtlichen Grund gefällig, wiederholt in derselben Sache vorzusprechen und das Sekretariat nur benutzen, um zu prüfen, ob sie von ihrem Anwalt richtig beraten sind.

Mit dem städtischen Arbeitsamt scheinen die Gewerkschaften in Stuttgart sehr zufrieden zu sein, denn es kann berichtet werden, daß Klagen nicht vorgekommen sind. Das gute Verhältnis bekundet sich auch darin, daß vier Gewerkschaften dem Arbeitsamt die Auszahlung der Reise-Unterstützung übertragen haben.

Seit dem Monat September sind die Gewerkschaften angehalten, Angaben über die Arbeitslosigkeit zu machen. Das Ergebnis war folgendes: Es wurden im Monat September 897, im Oktober 581, im November 776 und im Dezember 1208 Arbeitslose gezählt.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften stieg von 8000 im Jahre 1895 auf 9519 im Jahre 1900. Die Gesamteinnahme der 58 Organisationen belief sich im verflochtenen Jahre auf 120 724 M. Unter den Ausgaben befanden sich Reiseunterstützung 9645,03 M., Arbeitslosenunterstützung 17 888,96 M. und sonstige Unterstüttung 6825,91 M. Im Herbst dieses Jahres haben die Gewerkschaften in Rücksicht, ihr neues Gewerkschaftshaus fertig zu sehen, dessen Baukosten auf 200 000 M. veranschlagt sind. Der ganze Bericht giebt ein recht erfreuliches Bild regen Wachstums der Arbeiterbewegung.

Die Aussperrung der christlichen Tabakarbeiter in Kaldenkirchen. Nachdem der Verband der christlichen Tabakarbeiter dem Projekt, eine große Cigarrenfabrik in Kaldenkirchen zu errichten, zugestimmt hat, versuchen die Fabrikanten einzulernen, um der Konkurrenz die Spitze abzubrechen. Auf die Annäherungsversuche von Seiten der Fabrikanten haben die Aussperrten folgende Forderungen aufgestellt:

1. Anerkennung der Organisation, hier der christliche Verband der Tabak- und Cigarrenarbeiter Deutschlands, 2. Einsetzung einer neungliedrigen Kommission, die aus vier Vertretern der örtlichen Verwaltungsstelle des christlichen Verbands und vier Vertretern des Fabrikanten-Verbands und einem neutralen Vorsitzenden besteht, oder aus zehn Vertretern der beiden Verbände mit der Maßgabe, daß abwechselnd ein Arbeiter und ein Arbeitgeber den Vorsitz führt. In den Verhandlungen der Kommission kann der Vorstand des Fabrikanten-Verbands und der des christlichen Tabak- und Cigarrenarbeiter-Verbands eines seiner Mitglieder mit beratender Stimme delegieren. Diese Kommission soll nicht bloß für diese Streik, sondern ständige bestehen bleiben zur Schlichtung aller ausbrechenden Differenzen. Weitere Forderungen: 1. Keine Maßregelung von den Beteiligten wegen der Aussperrung, 2. Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so daß die Stützlöhne die den Vergleich mit den anderwärts gezahlten Löhnen gut aushalten.

Sociales.

Eine Seemanns-Enquete beabsichtigt der Verein für Socialpolitik vorzunehmen. Zunächst soll durch einen Rechts-historiker eine Geschichte der Schiffsahrt und des Arbeitsvertrags, und sodann, als Grundlage für die Monographien, eine allgemein gehaltenen technische-wirtschaftliche Abhandlung über die Umgestaltung des Betriebes und der Arbeitsbedingungen gegeben werden. An Einzeldarstellungen sollen für Deutschland: Hamburg, Bremen, Flensburg, Lübeck, Stettin, Danzig, Königsberg in Betracht kommen. Ferner soll die Erhebung je eine Arbeit über Skandinavien, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika bringen.

Die achtstündige Arbeitszeit an den Sonnabenden hat für das Sommerhalbjahr die lgl. Artillerie-Werkstätte in München eingeführt. Die Arbeit beginnt um 8 Uhr früh und endet um 2 Uhr mittags mit Unterbrechung einer Frühstückspause. Ein zweiter Direktionsbefehl giebt bekannt, daß aus den zur Verfügung stehenden Mitteln an 15 Arbeiter, welche die längste Zeit im Etablissement arbeiten, ein dreitägiger Urlaub mit einer Entschädigung von 4 Mark pro Tag gewährt wird.

Gegenüber den Arbeitsverhältnissen in den Spandauer Militär-werkstätten bedeutet die kleine Vergünstigung einen Fortschritt, besonders wenn man in Erwägung zieht, daß in Spandau die Arbeiter erst wieder mit Abzügen beglückt wurden.

Gerichts-Beilage.

Ein Abenteuer auf der Polizeiwache beschäftigte gestern wieder einmal die 9. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Wegen Amtsvergehens in der Form der Mißhandlung eines Sittlichen wurde der frühere Schyumann Adolf Weiß zur Verantwortung gezogen. Der Angeklagte war als Schyumann im 80. Polizeirevier tätig und ist während der in dieser Strafkasse angelegten Vernehmungen aus dem Amte ausgeschieden. In der Nacht zum 24. August geriet der Kurbelstepper Kreisler auf der Straße wegen Familienangelegenheiten in einen Streit mit seinem Bruder, der in Thüringern ausartete. Da der Lärm sehr

groß war, nahm ein Schyumann den Robert R. mit zur Polizeiwache in der Wolfgasterstraße. Von dort wurde er nach kurzer Zeit wieder entlassen. Er geriet dann wieder mit seinem Bruder ins Handgemenge, beide fielen zur Erde und das Ende vom Liede war, daß R. noch einmal auf die Polizeiwache gebracht wurde. Er hatte kleine Schrammen am Finger und am der Wacke, als er aber von der Polizeiwache wieder herunter kam, hatte er eine Wunde am Kopf, die sehr stark blutete. Er mußte nach der Unfallstation gebracht werden, wo ihm ein Verband angelegt wurde. Der Arzt, in dessen Behandlung er sich am nächsten Tage begab, bescheinigte ihm, daß er auf dem Kopf eine 4 Centimeter lange, stark blutende Wunde gehabt habe, die weder von einem Auffallen auf eine scharfe Kante, noch vom Schlagen mit der Faust, sondern von einem Schlage mit einem festen, etwas elastischen Körper herrühren mußte. Kreisler behauptet, daß ihm der Angeklagte diese Wunde beigebracht habe. Er sei von dem ihn sittierenden Schyumann an Weiß, der in jener Nacht Telegraphist und offenbar über die Störung seiner Nachtruhe empört (!) empört war, übergeben worden. Als er mit ihm allein war, habe der Angeklagte ihm plötzlich mehrere Giebe mit einem Stod oder Dohenzimmer über den Kopf gegeben, so daß das Blut herborquoll, und dabei gesagt: „Salt's Maul, Hund! Dir werde ich das Maul schon stopfen!“ Als R. entlassen werden sollte, habe ihm ein Schyumann ein Waschbecken zum Abwaschen des Blutes gereicht. — Der Angeklagte bestritt entschieden, sich an dem Jengen vergreifen zu haben. Die vernommenen Schyulleute bekräftigten zum Er-sten dem Vorstehenden nichts Belastendes. Selbst der Schyumann, der das Waschbecken gereicht, wollte eine Kopfstunde nicht gesehen haben. Nur ein Schyumann hatte aus dem Nebenzimmer lautstarkes Geräusch und die Ausrufung vom „Maulstopfen“ gehört. Fest steht, daß R. die Wunde auf der Wacke bekommen haben muß. Staatsanwalt v. Pöyinger hielt es nach der stattgehabten Beweis-aufnahme für zweifellos, daß der Zeuge auf der Wacke mißhandelt worden, und ebenso, daß der Angeklagte der Täter gewesen sei. Der Fall liege um so schwerer, weil der Angeklagte aus Unmut darüber, daß er noch einmal in seiner Nachtruhe gestört wurde, sich zu brutalen Mißhandlungen hinreißen ließ. Er beantrage gegen ihn eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Angeklagte beteuerte noch einmal seine Unschuld, indem er behauptete, das Opfer einer Personenerwerbsetzung geworden zu sein. Der Gerichtshof hielt ihn aber für überführt und verurteilte ihn unter Jubilation von mildernden Umständen, die darin zu finden seien, daß die Schyulleute ein schweres Amt hätten (!), das viel Ruhe und Selbstbeherrschung erfordere, zu zwei Monaten Gefängnis.

Die Schattenseiten eines Ehrenamts hat der Gemeindevorstand Rehnert kennen lernen müssen, der gestern vor der sechsten Verurteilungskammer des Landgerichts I seine Erkenntnisse zu berichten hatte, die ihm bei einem Besuche in amtlicher Eigenschaft widerfahren sind. Zu seinen Pfinglingen gehörte auch ein zwölf-jähriger Knabe, der sich bei den Eltern, die in wider Ehe zusammenleben, aufhält. Die Mutter des Knaben kam zum Waisenrat Rehnert und beklagte sich darüber, daß ihr Sohn höchst bedenkliche Neigungen in fittlicher Beziehung verrate. Bereits mehrfach habe er sich gegen Mädchen seines Alters vergangen. Bei dem Vater finde sie kein Ohr für ihre Klagen. Herr Rehnert begab sich nach der Wohnung der Frau, um dem Knaben eine Warnung zu erteilen. Er traf hier aus dessen Vater, den Privatwächter Karl Schmidt an. Ohne den letzteren Beachtung zu schenken, nahm er sich den Knaben vor und wies ihn darauf hin, daß er im Wiederholungsfalle für seine unzüchtigen Handlungen gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden könne. Wöglich wurde der Waisenrat von Schmidt gepackt und zur Thür hinausgeworfen, wobei der Angreifer ihm noch einen Stoß ins Genick versetzte. Das Schöffengericht war der Ansicht, daß Schmidt sich für berechtigt gehalten haben, den Besucher aus der von ihm gemieteten Wohnung zu weisen und sprach deshalb Schmidt wegen häßlicher Beleidigung frei. Die Staatsanwaltschaft legte Verurteilung ein und ihr Vertreter führte vor der Verurteilung aus, daß eine Verurteilung des Angeklagten unter allen Umständen geboten sei. Der Waisenrat sei vollumfänglich berechtigt gewesen, die Wohnung zu betreten, um dem ihm unterstellten Knaben eine Warnung zu erteilen, die Behandlung, die dem Jengen bei Ausübung seines Ehrenamts zu teil geworden, sei eine geradezu empörende. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Wochen. Der Gerichtshof trat den Ausführungen des Staatsanwalts bei, hob das erste Urteil auf und er-lannte nach dem Antrage.

In der Strafkasse gegen die Frau Brugier, welche sich wegen Stuppelei in Untersuchungshaft befindet, ist bereits zum 1. Juni vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I Lermun zur Hauptverhandlung unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Käster anberaumt worden. Näher einem jungen Mädchen, welches bei der Angeklagten verkehrt hat, ist nur der mit der Untersuchung betraut gewesene Kriminalkommissar Dr. Aders geladen worden. Auch der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sawindt, hat auf jede Zeugenladung seinerseits verzichtet, da die Angeklagte sich weigerte, auch nur einen Namen von den Herren aus der Lebewelt, die bei ihr verkehrt haben, zu nennen.

Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Ritz in Fusterwalde war Genosse Paul Jahn im Januar dieses Jahres vom Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt worden. In der Berufungsinanz in Kottbus wurde dieses Urteil mit Begründung durch § 186 des St.-G.-B. bestätigt, weil Jahn „keine Reue gezeigt habe“. Die gegen dieses Urteil eingelegte, vom Rechtsanwält W. Jahn begründete Revision ist gestern vom Kammergericht verworfen worden, weil Jahn die bewusste Absicht gehabt hätte, den ihm mißliebigen Bürgermeister zu beleidigen; mithin komme ihm auch der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nicht zu gute.

Wegen Sittenvergehens, verübt an einem achtjährigen Kinde, ist der Stallmann des Circus Busch, Baron Wilhelm von Stöcken, gestern vom Landgericht II zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ein Bohottprojekt. Aus Halle a. S. wird uns berichtet: Eine wichtige Entscheidung in Bohottangelegenheiten fällt das Landgericht in der Sache des Vorsitzenden des Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter-Verbands, Emil Lobes, der vom Schöffengericht wegen Verletzung des Ansehensparagraphen zu drei Tagen Haft verurteilt worden war. In einer im Februar stattgehabten Mitgliederversammlung jenes Vereins war mitgeteilt worden, daß der Wirt Schade vom Schützenhaus in Giebichenstein den Arbeitern gelegentlich eines Vergnügens verboten hatte, den Socialistenmärchen spielen zu lassen. Als die Kapelle auf Veranstaltung einer Arbeiterdame dem Wirt Marsch doch spielte, soll der Wirt einige Arbeiter mit dem Gummischlauch bedroht haben. Auf Grund dieses Vorganges richtete der Angeklagte an die 70 erklärten Mitglieder das Ersuchen, jenes Lokal nicht zu besuchen. Der Angeklagte, der gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt hatte, stützte sich darauf, daß die Aufforderung nicht öffentlich, sondern in einem geschlossenen Kreise gegeben sei. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß die Aufforderung trotzdem öffentlich wirkte. Das Gericht kam aber zur Freisprechung, weil die Oeffentlichkeit nicht be-unruhigt worden sei.

Der Boeren-Krieg.

Die Boeren-Konzentration im Kaygebiet.
Aus Pretoria wird gemeldet, De Wet sehe an der Spitze eines Kommandos von 4000 Mann mit 3 Geschützen. Die

englischen Militärbehörden nehmen an, daß er mit diesen gesammelten Truppen in der Kapkolonie und dem Orange-Staat operieren will. Eine Meldung, daß De Wet bereits wieder in die Kapkolonie ein-gelassen sei, liegt an amtlicher Stelle nicht vor.

Die Ansammlung so bedeutender Boerenstreitkräfte ruft in der Londoner Presse große Jeremiahden hervor, da man so große Aktionen der Boeren nicht mehr für möglich gehalten hatte.

Der Mißerfolg French in Ost-Transvaal.

„Daily Mail“ veröffentlicht den Brief eines Kavallerie-Offiziers, welcher berichtet, daß die große taktische Bewegung des Generals French im Osten Transvaals völlig gescheitert ist.

Drohende Hungersnot unter den Eingeborenen.

Aus Kapstadt wird telegraphiert: Wie in hiesigen Kolonialkreisen berichtet wird, steht eine Hungersnot unter den Negern der Kapkolonie bevor. Die Auswanderungsversuche gegen die Boeren machen sich jetzt schon unter den Kaffern fühlbar, welche die notwendigsten Lebensmittel nicht mehr besitzen, da die meisten be-auderten Grundstücke im Freistaat und einem großen Teile Transvaals vollständig ungebaut sind. Die Zahl der eingeborenen Kaffern beträgt in Transvaal 430 000, im Orange-freistaat 130 000.

Die Pest

ist jetzt auch in Port Elizabeth ausgebrochen. Am 22. Mai wurden dortselbst vier Pestfälle konstatiert.

Die Tagesverluste

umfaßt für den 22. Mai acht Tote, vierzehn Verwundete und 32 an Krankheiten Verstorbene. Außerdem sind 36 Schwerverletzte zu verzeichnen.

London, 23. Mai. Nach einer Meldung aus Lymington sind die Boeren aus einer starken Stellung, die sie bei Paardefontein besetzt hatten, vertrieben worden. Sie hatten 3 Tote, 6 Verwundete und 8 Gefangene, sowie zahlreiche Verluste an Pferden.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Schiffsunfälle.

Hamburg, 23. Mai. (W. Z. B.) Der Reichspostdampfer „Reichstag“ der deutschen Ostafrika-Linie hatte gestern Abend 9 1/2 Uhr zum An-tritt seiner Reise nach Ostafrika den hiesigen Hafen verlassen. Auf der Unterleiste bei Brunsbüttel geriet der „Reichstag“ vor den Bug des vor Anker liegenden Schnelldampfers „Fürst Bismarck“. Die Wucht des Zusammenstoßes wurde durch die bei der starken Strömung stramm vorantretende Ankerkette des „Fürst Bismarck“ bedeutend gemindert, aber trotzdem erlitt der „Reichstag“ doch an Vordor-seite achtzehn beim Fallreep eine Einbeulung der Platten und mußte die Fortsetzung der Reise aufgeben. Heute früh 9 1/2 Uhr trat der „Reichstag“ wieder im hiesigen Hafen ein und vertaunte im Strahlhafen. Das Schiff wird aus dem Kitterraum so viel Ladung löschen müssen, daß die eingebulchten Platten frei-gelegt und repariert werden können. „Fürst Bismarck“ hat durch den Zusammenstoß keinen Schaden erlitten und ist bereits nach Guxhaven gedampft, um heute Mittag die Reise nach New York an-zutreten.

Bremen, 23. Mai. (W. Z. B.) Nach einem Telegramm aus Tsingtau ist der Dampfer des Norddeutschen Lloyd, „München“, welcher vor der Einfahrt von Yap auf Grund geriet, am 8. Mai wieder flott geworden und am 15. Mai im Schlepptau von zwei andern Dampfern des Norddeutschen Lloyd von Yap nach Hongkong abgegangen.

Berlin, 23. Mai. (W. Z. B.) Feldmarschall Graf Waldersee meldet vom 22. aus Peking: Nordwestlich von Peking (25 Kilometer westlich Paojingfu) haben weitere Zusammenstöße von Teilen des Detaillons Wihura mit zerstreuten Boeren stattgefunden. Feindliche Verluste 110, eigene zwei Verwundete.

Hamburg, 23. Mai. (W. Z. B.) Auf der Tagesordnung der zum 26. Juni nach Hamburg einberufenen ordentlichen General-Versammlung der Sprengstoff-Gesellschaft „Kosmos“ in Hamburg befindet sich unter andern auch ein Antrag auf Verschlußhaltung über einen mit der Dynamit-Aktiengesellschaft vormals Alfred Nobel u. Co., Hamburg, abzuschließenden Vertrag.

Frankfurt a. M., 23. Mai. Die Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Wiesbaden, daß sich daselbst der Vorsitzende der Steuereinsparungskommission erkochten habe, stellt sich als unrichtig heraus. Selbstmord verübte nur ein kränklicher älterer Ver-wandter des genannten Herrn.

Stockholm, 23. Mai. (W. Z. B.) Der Reichstag nahm end-gültig einen Gesetzesentwurf an, nach welchem das alte System der nationalen Verteidigung nach 6 Jahren abläuft und ein neues auf die Dienstpflicht begründetes System eingeführt wird; und zwar soll danach in Friedenszeiten die Dienstpflicht bei der Infanterie und dem Train 240 Tage, bei der Artillerie und der Kavallerie 305 Tage und bei der Marine 300 Tage betragen.

Amsterdam, 23. Mai. (W. Z. B.) Nach einer amtlichen Meldung aus Batavia von heute gingen bei dem Ausbruch des Vulkanus Kelut heftige Ascheregen über den sechs Residentchaften Kediri, Madiun, Surakarta, Djogjakarta, Redu und Samarang nieder. Nach einer weiteren Depesche des „Handelsblatt“ aus Batavia hat die Bevölkerung von Bilar infolge der Eruption des Kelot die Flucht ergriffen. Gerüchtwiese verlautet, daß schon viele Eingeborene getötet seien.

Paris, 23. Mai. (W. Z. B.) Die Bureau des Senats haben heute die Kommission zur Prüfung des Vereinsgesetzes gewählt. Zwölf Mitglieder der Kommission sind für und nur sechs gegen das Gesetz.

London, 23. Mai. (W. Z. B.) Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, erwidert auf eine Anfrage bet-reffend Verleihung einer internationalen Delegation an die Truppen der verschiedenen Länder, welche an den Operationen in China teil-genommen haben, die Sache werde erwogen, sei aber noch nicht so weit vorgeschritten, daß er darüber eine Erklärung abgeben könne.

Auf eine Anfrage bezüglich des Baues schneller Kreuzer durch Aufschlag und Frankreich erklärt der Civil-Lord der Admiralität Freytag, daß die Admiralität nach genauer Prüfung dieser Schiffe beschlossen habe, schnelle Kreuzer nach dem Portsmouth-Typ zu bauen. Man glaube, daß dieselben den in sie gesetzten Erwartungen entsprechen würden.

Im Laufe der Debatte über den Antrag, das Haus von morgen ab bis zum 6. Juni zu vertagen, richtete Campbell Bannerman an die Regierung das Ersuchen, über die Lage in Südafrika Mit-teilungen zu machen. Der Kriegsminister Brodie erwiderte, jegliche Mitteilung Lord Kitchener bestätigte, daß er mit den in Afrika gemachten Fortschritten zufrieden sei. Der Umstand, daß die militärischen Operationen sich auf ein großes Gebiet erstrecken, und daß die Boeren in zerstreuten Abteilungen auf-träten, sei geeignet, den Krieg zu verlängern. Aber die militärischen Operationen seien ausgeführt worden unter äußerst geringen Ver-lusten auf britischer Seite, während der Prozeß der Erschöpfung des Feinds mit ziemlicher Schnelligkeit gefördert sei. Die Regierung habe jede Unterstüttung, die in ihrer Macht stehe, Lord Kitchener gewährt, und dieser werde mittels einschlägiger Verwaltungs-maßnahmen alles thun, um die Beendigung des Krieges zu be-schleunigen.

Rom, 23. Mai. (W. Z. B.) Der Minister des Innern hat den Generalinspektor der Gefängnisse zur Feststellung der Umstände des Selbstmordes Paredis nach Sesto Stefano geschickt; ebenso sind von Rom der Untersuchungsrichter und ein Anwalt dorthin abgereist. Bisher ist festgestellt, daß ein Wächter sah, wie Paredis sich mittels eines Handtuchs an einer 2 Meter über dem Boden befindlichen Gitterstange erhängte und sofort hinzuwälzte, ihm aber bereits sterbend vorlag.

Aus Spanien.

Bilbao, den 18. Mai.

Obgleich der Generalkapitän von Katalonien sich gegen die definitive Wiederherstellung der konstitutionellen Garantien in Barcelona ausgesprochen hat, hat die Regierung doch die Wiederherstellung und Aufhebung des Belagerungszustandes angeordnet. Ohne Zweifel nur, weil wir uns am Vorabend vor den allgemeinen legislativen Wahlen befinden, und sie nicht will, daß man ihr nachsage, daß sie in derselben Weise zu regieren fortfahre, in der die Konservativen begannen, die ohne Belagerungszustand nie auszulohnen vermochten.

Noch immer will die Regierung und ihre Presse in den Vorgängen in Barcelona eine Konspiration der Katalanisten (Separatisten) mit den Anarchisten sehen. Sie sucht glauben zu machen, daß die Unruhen, die sich dort ereigneten, und denen, wie sie vermutet, bald da und dort andre nachfolgen werden, nur Folgen eines längst vorbereiteten anarchischen Komplotts sind. Und doch ist nichts von einem Komplott zu sehen, man müßte denn ein solches in der beständigen Predigt der Anarchisten finden wollen, daß der Generalstreik und die Anwendung von Gewaltmitteln nicht verschmäht werden dürften, um die sociale Revolution zu erwecken. Vielleicht sollen diese Anschuldigungen nur den Boden für besondere Maßregeln vorbereiten. Wie es heißt, erwägt das Kabinett, ob nicht die sich hier in Spanien aufhaltenden Anarchisten aus anderen Staaten des Landes zu verweisen sind und den einheimischen Anarchisten nicht ein bestimmter Ort an der afrikanischen Küste als Aufenthalt angewiesen werden könnte. Die erste Maßregel ist nicht unmöglich; daß man aber auch zur zweiten, dem äußersten, greifen wird, das glaube ich nicht, so leicht auch unsre Sorte von Politikern den Kopf verliert.

In Sevilla, der wichtigsten Stadt Andalusiens, haben in den letzten Tagen ebenfalls einige Unruhen stattgefunden. Die dort sozialistisch organisierten Arbeiter sind noch gering an Zahl, während die Anarchisten einen gewissen Einfluß auf die Arbeiter haben, welche sie ohne Vorbereitung in den Kampf mit den Unternehmern zu treiben suchen. Angeregt durch die Erfolge in Barcelona beriefen verschiedene Arbeitervereine auf Veranlassung dieser anarchischen Elemente in Sevilla ein Meeting ein, in welchem sie sich mit dem solidarisch erklärten, was in der Hauptstadt Kataloniens vorgefallen sei und außerdem der Generalstreik und die Anwendung von Gewalt als Mittel empfohlen wurden.

die elende Lage der Arbeiterklasse zu beendigen. Diese Erklärungen hatten auf die Garten- und Landarbeiter (Hortelanos) eine gewisse Wirkung und eine ihrer Gruppen beschloß, zum Streik zu schreiten. Und da sich ihnen nur ein Teil ihrer Mitarbeiter anschloß, verjagten sie, allen Arbeitern ihres Gewerbes den Generalstreik aufzuerlegen und die Weiterarbeitenden gewaltsam zum Anschluß zu zwingen. Das gab der Behörde Veranlassung einzuschreiten und, wie gewöhnlich, wenn es sich um Streitigkeiten der Arbeiter handelt, griff die Civilgarde (Polizeisoldaten) scharf ein und nahm 32 Verhaftungen vor. Als die Arrestierten in die Stadt abgeführt werden sollten — die Hortelanos arbeiten weit von dieser entfernt — griffen einige Haufen die Civilgarde mit Steinwürfen an und suchten die Verhafteten zu befreien. Die Polizeimacht trieb die Angreifer mit Säbelhieben und Kolbenschlägen zurück. Das Ende war, daß ein Civilgardist und mehrere Angreifer auf der Strecke blieben.

Nachdem die Ruhe völlig wiederhergestellt war, wurden die meisten der Verhafteten wieder entlassen. Derartige Vorfälle, wie in Sevilla, kommen leider hin und wieder auch in andren Ortschaften vor, wo die Anarchisten noch Einfluß haben, die Arbeiter aber entweder gar nicht oder schlecht organisiert sind und noch glauben, im Handumdrehen die sie drückende Last abzuschütteln zu können. Dagegen sind derartige Unruhen nicht so leicht zu provozieren, wo in industriellen Gegenden die Socialisten dominieren und gewerkschaftliche Verbände existieren. Dort haben die Arbeiter andre Ansichten über ihre Lage und treten nur in einem Streik, wenn die Aussicht vorhanden ist, daß sie ihn zu gewinnen vermögen.

Morgen, am Sonntag, werden sich hier die neuen Parlamentswahlen vollziehen. Die corrupten Mittel, die hier zum „Korrigieren“ des Ergebnisses des allgemeinen Stimmrechts gebräuchlich sind, gestalten der Regierung, abgesehen von kleinen Kalkulationsfehlern, schon im Voraus zu wissen, in welcher Stärke die politischen Parteien in den Cortes vertreten sein werden.

In die neuen Cortes wird unbedingt eine beträchtliche Mehrheit von Ministeriellen (Liberalen) einziehen, daneben eine ansehnliche Gruppe von Konservativen, zwei oder drei Gruppen Liberaler oder konservativer Dissidenten, wahrscheinlich nicht mehr als 14 bis 16 Republikaner und einige Kartisten. Unsre Partei wird, das ist schon beinahe sicher, wieder keinen Kandidaten durchbringen, wie sie ja auch in den letzten Cortes unvertreten war.

Es kämpft unsre Partei in 32 Distrikten oder Wahlkreisen, und sie hat einen solchen Anhang, daß sie in Bilbao und Madrid, vielleicht man noch in Valladolid und Zaragoza triumphieren müßte,

aber man begehrt in den drei letztgenannten Städten genügend Fälschungen, um den socialistischen Sieg zu vereiteln, und in Bilbao wird man wieder, wie früher, mit dem Gold zum Stimmenkauf so wenig sparen, daß ich heute kaum noch die Hoffnung habe, wir werden hier und in Madrid siegen.

Bilbao ist ein Ort, wo seit jener Zeit, daß unsre Partei an der Wahl teilnimmt — es ist das sechste Mal — die bürgerlichen Kandidaten stets zur Verletzung der Wahlkörper und zum Stimmenkauf gezwungen haben. Und gewöhnlich lassen sie sich es etwas kosten, 300 000—350 000 Pesetas. Klar ist, daß dies, da es durch das Gesetz mit Strafe belegt ist, nicht vorzukommen könnte, wenn die Behörden es nicht duldeten; doch sie dulden den Handel nicht nur, sondern beteiligen sich auch im geheimen selbst daran.

So kommt es auch, daß in Bilbao fast jedesmal die Wahl stülzig verläuft, denn da die Socialisten nicht dulden wollen, daß Stimmenkauf getrieben wird, so bleibt ihnen nichts übrig, als an die Kraft zu appellieren und aus den Wahlräumen und andern Lokalen die Stimmläufer und ihre Helfer hinauszujagen, wenn es absolut nicht anders geht, mit dem nötigen Nachdruck. Dann aber greift meist sofort zu Gunsten der Stimmläufer die Polizei ein. Bei der letzten Wahl gab es hier in Bilbao 60 Verwundete, ungefähr 10 Socialisten, die andren waren Anhänger des bürgerlichen Kandidaten.

Morgen dürfte das kaum anders werden; denn obgleich sich hier alle Parteien ohne Unterschied: Liberale, Merikale, Anti-Merikale etc. gegen und vereinigt haben, können sie doch nicht siegen, wenn sie nicht wieder Stimmenkauf und Wahlbetrügereien treiben; und unsre Genossen haben beschlossen, daß, wenn sie wieder derartige Dinge wahrnehmen, sie energisch einschreiten wollen.

Doch ob wir morgen siegen oder nicht; das eine ist sicher: der kommende Tag wird durch die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen beweisen, daß unsre Partei wiederum fortgeschritten ist und daß, wenn wir diesmal nicht den Eintritt ins Parlament erzwingen, bei den nächsten Wahlen nicht nur einer, sondern mehrere Siege unser sein werden.

Pablo Iglesias.

Ueber den Wahlausfall liegt folgende Meldung vor: Nach den amtlichen Ergebnissen, die aber noch nicht vollständig vorliegen, erhalten die Liberalen 244 Sitze, die Konservativen 81; ferner sind gewählt 12 Parteigänger des Herzogs von Tetuan, 16 Republikaner, 13 Parteigänger Camazos, 14 Anhänger Romero Nobledos, 22 Gewählte gehören andren Gruppen an.

Ein Socialist scheint also entgegen der ersten Meldung nicht gewählt worden zu sein.

Das Vorurtheil gegen den Einkauf von fertigen Schuhwaaren ist besiegt

bei allen Denjenigen, die einmal einen Versuch mit Stiller's Schuhwaaren gemacht haben. Stiller's Schuhe und Stiefel sind nach anatomischen Leisten hergerichtet und zeichnen sich durch unerreicht dastehende Passform aus. Dabei ist jeder Stiefel, der billigste wie der feinste, dauerhaft gearbeitet und ist der Preisunterschied lediglich durch die Feinheit des Materials und die elegantere Ausstattung bedingt.

Jerusalemmer Strasse 40
am Dönhoffplatz

Potsdamer Str. 2
am Potsdamer Platz

STILLER

Es ist eine bekannte und unbestreitbare Thatsache,

dass der geschäftliche Verkehr zwischen Kaufmann und Publikum wesentlich auf dem Umstand beruht, dass der Käufer sich unbedingt auf die Reellität und Zuverlässigkeit des Kaufmanns verlassen kann. Ganz besonders ist dies aber der Fall in der Schuhwaarenbranche, wo in fast allen Fällen jeder Käufer auf Treu und Glauben zu kaufen angewiesen ist, und daraus erwächst natürlich für den Kaufmann die doppelte Pflicht, ersteren so gut als irgend möglich zu bedienen, um dadurch das entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen. — Diesen Grundsatz streng durchzuführen war jederzeit Stiller's Bestreben und hat wohl hauptsächlich mit dazu beigetragen, seine Firma jetzt zum grössten Schuh-Special-Geschäft Deutschlands zu machen.

Gut — billig — elegant — solid.



Schuhe und Stiefel für jeden Stand. **Bequemlichkeit und Eleganz** sind zwei Eigenschaften, die sich nicht immer in einem Stiefel vereinigen finden. — STILLER'S Schuhwaarenhaus verdankt seine grossen Erfolge einzig und allein der Sorgfalt, die auf die Herstellung seiner Fabrikate verwandt, durch welche ein tadelloser eleganter und zugleich bequemer Sitz erzielt wird.

Stiller's Schuhwaaren

werden nach eigenen Angaben in der berühmtesten und leistungsfähigsten Schuhfabrik Deutschlands (über 1000 Arbeiter) hergestellt.

Schuhe und Stiefel für jeden Zweck.

Central-Leihhaus, Jägerstrasse 72, Ecke Kanonierstrasse

Täglicher Verkauf von eleganten, modernen Frühjahrs- und Sommer-Paletots und Anzügen von Mk 10, 12, 15, 20, 25—30 Prima. Knaben- und Jünglings-Anzüge, Kammgarn-Anzüge, Hochzeits-Anzüge.

Alles fabelhaft billig. Teppiche, Herren- u. Damenstiefel. Tausende eleganter Herren-Garderoben sind zum Verkauf gestellt, und sind Bauch-Sachen, selbst für die korpulentesten Herren passend, in grosser Auswahl vorhanden.

Bitte genau auf Hausnummer 72 zu achten. Freitag u. Sonnabend bis 10 Uhr abends geöffnet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 24. Mai.
Opernhaus. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Emilia Galotti. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Stoll). Italienische Oper Marcella Sembrich, Don Pasquale. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freiheit. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Das Lumpenkindel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Die Brillingsdäwepfer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unfre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Kocidés, Borden: Terentia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Schicksal des Schillerleer. Bayern-Theater. Der Amerikaner. Anfang 8 Uhr.
Weltens. Undine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rezeptionsbühne. Neues Theater: Ueberbreitl. Anf. 8 Uhr.
Thalia. Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Mit Helmet. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Der Brautigam vom Himmel. Anfang 8 Uhr.
Belle Alliance. Barfüßler. Die edle Geisha. Truppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage Theater. Damen-Ringspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Tambour. 48/49. (Im Theaterhaus) Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
 - Freitagabend 8 Uhr: -
Freiwild.
 Schauspiel in 3 Akte v. Arthur Schnitzler.
 Sonnabendabend 8 Uhr:
 Zum erstenmal:
Das Gefängnis.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:
 Schauspiel Ferdinand Bonn.
Der Kaufmann von Venedig.
 Sonntagabend 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
 Montag nachmittags 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
 Montagabend 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Central-Theater.
 Heute Anfang 8 Uhr.
 Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 643. Male:
Die Geisha.
 Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
 Morgen und folgende Tage: Die Geisha. - Anfang 8 Uhr.

Thalia-Theater

Ensemble: Schauspiel des Central-Theaters.
Die schöne Helena.
 Helena: Frei. Marie Ottmann vom Theater an der Wien a. G. Paris: Herr Kunz. Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Carl Weiss-Theater

Or. Frankfurtstr. 132.
Der Brautigam vom Himmel.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonnabend zum erstenmal: Pension Schöler. Poffe in 3 Akten von Karl Veit.
 Sonntag, den 20. Mai: Vollständige Eröffnung der Sommer-Saison. Am renovierten Sommer-Garten: Aufführung von Spezialitäten 1. Rang. Theater und Konzert.

Zoologischer Garten

Täglich nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
 Entree 1 Mark
 von abends 7 Uhr ab 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
 In der „Volkers-Arena“, gegenüber dem Elefantenhause:
Beduinen-Karawane
 Männer, Frauen, Kinder, mit Pferden, Dromedaren, Eseln etc. Schaustellungen, Wochentags: 1/4, 5, 7 Uhr nachm. Sonntags: 12 Uhr. von 4 Uhr ab stündlich.
 Entree direkt v. d. Strasse beim Bahnhof 50 Pf., Kinder 25 Pf. Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

URANIA
 Tanbenstr. 48/49.
 Im Theater
 Freitagabend 8 Uhr:
Das Land der Fjorde.
 Invalldenstr. 57/62.
 Tgl. Sternwarte.

Rad-Rennbahn „Kurfürsten-Damm“
 Freitag, den 24. Mai, abends 8 Uhr.
 Fortsetzung der Zwischenkämpfe.
 1. G. Lasserresse, Paris-Sauerer, München. 2. J. Pohl (Abs II), Hamburg-Ch. Fenger, Chicago. 3. Cotab Mohamed, Konstantinopel - F. Schilling, Berlin. 4. G. Hackenschmidt, Petersburg - Almbio de la Calmette, Marseille. 5. M. Gambier, Bordeaux - A. Weber, Mailheim. 6. Hall Adall, Konstantinopel - Omer de Bouillon, Lüttich.
 Morg. Sonnabend, abds. 8 Uhr: Fortsetzung der Zwischenkämpfe.
 Preise der Plätze: Loge 5 M., Innenraum-Tribüne 4 M., Innenraum 3 M., Tribüne 2,50 M., Sattelplatz 2 M., II Platz 1 M.

Friedrich-Strasse 165
Castans Panoptikum
 Entree 50 Pf.
 Kinder die Hälfte.

Apollo-Theater.
 Täglich um 9 1/2 Uhr:
Frau Luna
 mit dem berühmten Luftballett Grigolatis.
 Ferner:
 10 hervorragende Specialit.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Schweizergarten
 Am Königsthor. Am Friedrichshain.
 In den 3 Feiertagen:
Extra-Vorstellung der 27 neuen Specialitäten-Nummern.
 Am 1. und 2. Feiertag:
Früh-Konzert und Vorstellung.
 Volksbelustigungen und Ball.
 Anfang 9 1/2 Uhr.
 Son. Pfingsten ab: Täglich Vorstellung.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
 Eine Hochzeit in de Wasserstraße.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci
 Im Garten:
 Heute, Freitag:
Hoffmanns-Nordd. Sänger
 u. Tanzkränzchen.
 10 Pfingsten täglich Solireen und Konzert.
 Entree: Sonntag und Wochentags 30 Pf. - Wochentags Besonderebillig und Tanz frei.
 Kaffeeküche täglich ab 4 Uhr geöffnet.

Deutsche Konzerthallen
 An der Spandauer Brücke 3.
Der grosse schattige Sommergarten ist eröffnet.
 Täglich: Internationale Künstler-Konzerte.
 4 ausländische Kapellen.
Die Boeren.
 Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème“ (Künstler-Variété).
 Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

Metropol-Theater
 W., Behrenstraße 55/57.
Das anerkannt beste Mai-Specialit.-Programm.
 16 Nummern.
 Anfang 8 Uhr.
 Nauchen überall gefähret.

W. Noacks Theater.
 Brunnenstraße 16.
 Eröffnung der Sommer-Saison am 28. Mai (1. Pfingstfeiertag):
Täglich Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.
 1. Feiertag, vormittags 7 Uhr nach Kloster Lehn bei Radlow (ca. 58 Kilomtr.) Mittags 2 Uhr nach Nowawese. Beide Starts: Kaiser Wilhelm-Gedächtnisfeste. 2. Feiertag, vormittags 6 Uhr Landberger Thor nach Bukow (ca. 55 Kilometer). Mittags 2 Uhr Frankfurter Thor nach Tasdorf. 3. Feiertag, mittags 2 Uhr Galleisches Thor nach Zehlendorf (Walddorfb.).

Restaurant Ravenstein
 bei Friedrichshagen. 106/14
 Am 1. Pfingstfeiertag:
Großes Früh-Konzert.

Achtung! 4. Wahlkreis (Südost). Achtung!
 Sonntag, den 26. Mai (1. Pfingstfeiertag):
Gr. Früh-Konzert
 in Ludwigs Park-Restaurant und Treptow, Joëls Victoria-Garten, Köpnicke Landstr.,
 ausgeführt von der Fischerschen Sinfonie-Kapelle, unter Mitwirkung von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes, arrangiert von Parteinossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Südost).
 Anfang früh 5 Uhr. (Die Kaffeeküche ist geöffnet, Oster 70 Pf.)
 Eintritt 20 Pf. [24/2] Das Komitee.

Charlottenburg-Westend.
 1. u. 2. Pfingstfeiertag:
Früh-Konzert
 unter Mitwirkung der Charlottenburger Gefangenen. Mitglieder des A. S. B.
 1., 2. u. 3. Feiertag, nachmittags:
Frei-Konzert.
 Bei eintretender Dunkelheit fenshoße bengal. Beleuchtung u. Schiastanz. Kaffeeküche. Regelbahnen. Volksbelustigungen.
 K. Hoffmann.

Max Kliems Sommer-Theater
 Hasenheide 13-15. [16492]
 Wirkliche Leitung: Paul Mühlitz.
Eröffnung am 24. Mai.
 Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Klavierstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
 2 hochdelegante Regelbahnen, Wärfelbuden, Konditorei, Blumenhand etc.
 Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.
 Am 1. und 2. Pfingstfeiertag, früh 5 Uhr:
Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater
 Rixdorf, Hermannstrasse 48/49. Inhaber: Ph. Thomas.
 Am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag:
Grosse Specialitäten-Vorstellung.
 Auftreten von Kummers Quartettsängern (8 Herren) und Masselli, Equilibrist, Max Berno, Jongleur im Billard-Salon.
 Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. [1696L]
 Am 2. Feiertag früh von 5 Uhr ab
Grosses Früh-Konzert
 ausgeführt von der gelovnten Schwarzischen Kapelle. Entree 15 Pf. Hierzu ladet ergebnis ein Ph. Thomas.

Achtung! Spandau. Achtung!
 Restaurant „Gutenberg“, Pichelsdorferstr. 5.
 Inhaber: H. Ducksch.
 Hallestelle der städtischen Straßenbahn, 15 Minuten vom Bahnhof. Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen von Berlin und Umgegend, empfehle ich mein schön gelegenes Lokal, herrlicher Garten, elektrische Beleuchtung, 3 gute Regelbahnen und Kaffeeküche. Vesperier 10 Pf., große Weisse 30 Pf., kleine Weisse 10 Pf. Reichhaltige Speisenkarte, kalte Braten.
Musik-Orchestrieren.
 Bitte mein neues Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen.
 H. Ducksch.

Sporthaus zur „Großen Krampe“
 herrlich am Wald und Wasser gelegen am Fuße der Müggelberge
 sowie Gasthof zu Wüggelheim
 empfehle den werten Vereinen, Fabriken und Vereinen zu Wasser- und Landpartien
 16012
 Fernsprech-Amt: Köpenick 186.
W. Troppens.

Bekanntmachung.
 Gewerbegericht zu Berlin.
 J. Nr. 218 Gew. W. 1901.
 In Sachen
 betreffend die frühere Lokalisierung der Pflanzener Berlin und Umgegend wird in Gemäßheit des § 66 des Gewerbegesetzes, Gelezes vom 29. Juli 1890 und des § 75 des Ortsgesetzes für die Stadt Berlin vom 28. Oktober 1892, betreffend das Gewerbegericht zu Berlin, hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des sowohl von den Arbeitgebern, als auch von den Arbeitnehmern als Einigungsamt amgerufenen Gewerbegerichts vom 6. Mai 1901, an welcher teilgenommen haben:

1. Gewerbegerichts-Direktor v. Schulz als Vorsitzender,
 2. Ingenieur Bernhardt,
 3. Fabrikant Börner, als Beisitzer,
 4. Schlossermeyer Seifert, als Vertrauensmann der Arbeitgeber,
 5. Maurer Herfort,
 6. Förner Köthen, als Beisitzer,
 7. Maurer Kater, als Vertrauensmann der Arbeitnehmer,
- ein Vergleich nachstehenden Inhalts geschlossen worden ist:
 Die Entlassungen seitens der Firma Berlino u. Co. sind als Maßregelungen nach der Erklärung des Herrn Begründ nicht beabsichtigt worden.
 v. g. u.
 (gez.) v. Schulz, E. Bernhardt, D. Börner, A. Köthen, Herfort, (gez.) Carl Gähler, Gust. Jüncke, D. Dietrich, Begründ, (gez.) Adolf Piel, Carl Seiffert, (gez.) Helm. Huth, Franz Wegner, Carl Soderfalte, Christoph Pähler, Fr. Kater.

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin u. Umg.
 (E. H. No. 118.)
 Sonntag, den 2. Juni, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27 c
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abänderung des § 8 Abs. 4 (Erhöhung der Beiträge), desgleichen § 11 c Abs. 3 sowie des Abs. 2 des Kassens-Statuts. 2. Innere Kassensangelegenheiten.
 Mitgliedbuch legitimiert.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Der Vorstand:
 J. W. H. Motzke.

Rudolf Brodt's Gesellschaftshaus, Erkner,
 hält sein großes Sommerlokal bereiten und Kuchentagen besetzt empf. - Speisen und Getränke in bekannter Güte. [15142]
R. Brodt.

Central-Haus für Herren- u. Knaben-Garderoben
 Charlottenburg, 45 Wilmersdorferstr. 45.
 Auf Wunsch Teilzahlung.

Bis Pfingsten täglicher Verkauf!!
 Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark, Vorjährige Herren-Beinkleider 9-12 Mk.
Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Herren-Filzhüte
 1,50, 2,-, 2,50 Mk., ff. 3,-, 4,50 Mk. Seidenhüte von 4 Mk. an. Chapeaux claque 8 Knabenhüte 1 Grosses Strohhut-Lager. Alfred Krug, Gutfabrik, 54 Brunnen-Strasse 54.

Kinderwagen-Bazar „Baby“.
 1. Invalldenstr. 160. 5. Brunnenstr. 92.
 2. Oranienstr. 31. 6. Reinickendorferstr. 28-c.
 3. Belle-Alliancestr. 107, am Bücherplatz. 7. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.
 9, 12-75 Mk. Sportwagen v. 4,50, 6,00-60 Mk. 8, 15-100 Mk. Riesenauswahl. Teilzahlung gestattet. [1561L] Bei grösseren Raten Cassapreise. Liefer. des Post-Spar- u. Vorschussvereins.

P. Selbiger Tischwarenfabrik.
 Landsbergerstr. 40 Ecke Liehmannstr.

Nur bis zum Fest
Ausnahme-Preise
 für sämtliche **Schuhwaren**
 in schwarz, weiss, gelb, braun und Ochsenblutfarbe etc.
Kinderwagen, Sportwagen, Leiter- und Riegenbockwagen, Vollherbetten, Rinderklappstühle, Triumphhühler, Krankenwagen für Erwachsene und Kinder, auch leichte Eiserne Beistellen in jeder Größe. Größte Auswahl. Preise außerordentlich billig, auch Teilzahlung.
A. W. Schulz,
 N. Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldtthaus a. Bahnhof Gesundbrunnen.
 Verkauf 2 Hof im Badrighgebäude. Auftragsbuch gratis. 14289*

Früherer und jetziger Preis ist an jedem Stück vermerkt.

Theodor Büsing

am Stadtbahnhof „Börse“.

Spandauer Brücke No. 2

nahe Hackescher Markt.

Räumungs-Ausverkauf

wegen Vergrößerung und Neubau durch Hinzunahme sämtlicher Parterre-Lokalitäten.
Garderoben für Herren und Knaben.

Radfahr-Anzüge früher Mk. 10,00 15,50 16,00 19,00 21,50 jetzt 7,00 11,50 13,50 15,00 17,00	Jackett-Anzüge für Herren früher jetzt 1- u. 2-reihig M. 10 9	Rock-Anzüge früher jetzt für Herren M. 29 23	Paletots für Herren früher jetzt Frühjahr, Sommer M. 18 14
Burschen-Anzüge früh. Mk. 10,00 13,50 15,50 17,00 21,00 jetzt 7,00 9,75 12,00 13,50 17,00	do. 12 10	do. 33 26	do. 22 1/2 18
Lüstre-Jacketts früher Mk. 3,00 4,00 5,50 6,00 6,50 jetzt 2,80 3,50 4,90 5,50 5,90	do. 16 12	do. 38 32	do. 28 22 1/2
Leinene Joppen früher Mk. 1,10 1,50 1,75 2,10 2,65 jetzt 1,00 1,30 1,55 1,85 2,30	do. 21 16	Gehrock-Anzüge 30 22	Havelocks 10 7
Herren-Beinkleider früher Mk. 3,00 3,50 4,50 5,50 6,50 8,50 etc. jetzt Mk. 2,60 2,80 3,90 4,60 5,40 7,25	do. 26 21	do. 36 28	do. 15 12
	do. 29 24	do. 42 34	do. 20 16
	Arbeitshosen früher Mk. 1,75 2,75 4,50 5,50 6,50 jetzt Mk. 1,10 2,15 3,60 4,50 5,25	Loden-Joppen früher Mk. 3,50 9,50 jetzt Mk. 2,00 6,00	

Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder.

Damen.		Herren.		Kinder.	
früher	jetzt	früher	jetzt	früher	jetzt
Segeltuch-Schnürschuhe mit Absatz	3,50 2,90	Rindsplatt-Zugstiefel, unverwüstlich	Mk. 5,50 4,90	Rossleder Knopf- u. Schnürst. bis 18 cm M.	3,25 2,95
Braune Ziegenleder Schnür- u. Knopf-Schuhe	5,50 4,75	Rossleder-Zugstiefel, Handarbeit	6,50 5,90	Rossleder Knopf- u. Schnürst. bis 22 cm	4,25 3,90
Rossleder Knopfstiefel, sehr preiswert	6,75 5,75	Spiegelrossleder-Zugstiefel, Handarb.	7,50 6,90	Echt Ziegenleder-Strand-, Schnür- und Knopfstiefel, bis 18 cm	M. 4,90 4,40
Echt Ziegenled. Strand-, Schnürstiefel	7,90 6,90	Spiegelrossleder-Zugstiefel, genäht, aus einem Stück, in verschiedenen Façons, enorm preiswürdig	8,75 7,75	Derselbe bis 22 cm	5,90 5,40
Chevreaux-Strand-, Schnür- u. Knopfstiefel, elegante Form	10,75 9,75	Rossleder-Schnür-Stiefel, sehr billig	7,00 5,90	Segeltuch-Schnürschuhe mit Absatz und fester Ledersohle, 18 cm	2,40 2,00
Rossleder-Zugstiefel, fest, Strapazierstiefel	4,50 3,90	Rossleder-Schnürstiefel, spitze und eckige Form	8,50 7,50	Segeltuch-Schnürschuhe mit Absatz und fester Ledersohle, 22 cm	2,85 2,35
Kalbleder-Knopf- u. Schnürstiefel	8,75 7,50	Goodyear-Well-Kalbl.-Schnürstiefel	12,50 10,75	Rossleder-Zugstiefel für Knaben, besonderer Gelegenheitskauf, auf Rand genäht, Grösse 86 und 87	6,25 3,90
Schwarze Chevreaux-Knopfstiefel, elegante Façon	9,75 8,75	Echt Ziegenled.-Strandschnürschuhe	6,75 5,90	Rossleder-Schnürstiefel für Knaben, Handarbeit	5,75 5,25
Glacé-Knopf- und Schnürstiefel, mit russisch Kalblederbesatz	10,00 8,90	Echt Ziegenled.-Strandschnürstiefel	10,50 8,50		

Gänzlicher Ausverkauf von Cigarren, Cigaretten, Weinen und Spirituosen

wegen Aufgabe dieser Artikel zu ganz ausserordentlich billigen Preisen.

Freitag und Sonnabend bis 10 Uhr abends geöffnet.

Feinste Mass-Anfertigung.

Sommer-Paletots

Carl Stier,

Berlin, Oranienstrasse 166.

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
Potsdam, Brandenburgerstrasse 23.

Denkbar grösste Auswahl.

Streng feste Preise.

in **Covert-Coat, Satin oder Cheviot** in allen modernen, auch die beliebtesten marango Farben mit Serge-Futter, 18, 20, 22, 50, 25, 30, 35, 40 Mt., auf Seide gearbeitet, sehr elegant 22,50, 25, 30, 35, 40, 45 Mt., Raglan in marango Cheviot, 30 und 40 Mt.

Havelocks in weiterem Stoff, Irtzig, ohne Kermel, mit voller, vorn ganz abgefütterter Peterine 8,50, 10, 12, 15, 18, 20, 25, 30, 35 Mt. Joppen von gutem Sommerloden, mit und ohne Futter, 4,50, 6, 7,50, 9, 10, 12, 15 Mt. Ein Posen vorjährige, a Stück 2 Mt. Regenmäntel mit Futter und Sammfalten 25 und 30 Mt. 12249

Carl Stier,

Berlin, Oranienstrasse 166.

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
Potsdam, Brandenburgerstrasse 23.

Tadelloser Sitz. Beste Verarbeitung.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vorstadt bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restoration. volle Konzeption, sofort zu verkaufen. Auskunft erteilt Karl Schult, Diefenbachstrasse 54. (Restaurant) 129

Wandmalerei. Grobe Frankfurterstrasse 9, parterre. 145

Elegante vorläufige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mt. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II

Reisehandlung. Stoffe für Herren-, Anabenanzüge, Damen-, Kinder-, Umhänge, Kleiderstoffe, Anabenanzüge, Herrenanzüge nach Maß. Scholz, Grünweg 81, Sparverein Oden. 144

Spezialbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Sommerpaletots. Uhren verkauft. Verkaufshaus, Brandenburgerstrasse 8. 66/1

Maurerwerk vorräthig. Putzgeschäft, Potsdamerstrasse 61. (Hausnummer beachten.) 0598

Maurerhammer, Maurerkeilen, Wasserwagen etc. billigst. Eisenwarenhandlung Paul Schumann, Brinzenstrasse 57. 14536

Raumwangel halber verkauft. Truhen etc. billig. Oranienstrasse 3, vorn IV Treppen rechts. 14658

Teppiche mit Gardinestücken. Fabrikverkauf. Grobe Frankfurterstrasse 9, parterre. 145

Kinderportwagen (spottbillig). Knorrstrasse 23. 8518

Kinderwagen, gut erhalten, verkauft billig. Krause, Döbestrasse 11 I

Kinderwagen, Sportwagen, Riechmaschine, Vozar Vaba, Zwenfendorferstrasse 160, Frankfurterstrasse 116, Oranienstrasse 31, Belle-Alliancestrasse 107, Reichslandstrasse 2d, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 6478

Mähmaschinenlager (britischer Systeme ohne Aufsicht), Woche 1,00. Lieferung sofort, auch durch Postkarte. Louis Landberger, Landbergerstrasse 82. 1450

Fahrräder, nur gute, (sowie Reparaturen). Carl Meithe, Hochmann, Große Frankfurterstrasse 123. 14476

Fahrräder, neue, von 88 Mt. an, alte von 60,00 an. Heine, Bräuerstrasse 6b. 6298

Fahrradteile und Zubehör, billige Bezugsquelle. Heine, Bräuerstrasse 6b.

Mähmaschinen und Feuer-Ver Sicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstrasse 43, Hof Keller. 8576

Waschlocher! Sparheute! 1,50. Zwei Lochlocher, -Drei Lochlocher 10,-. Gas-Plättchen, Bügelapparate billig. Gas-Plättchen 12,-. Wollwäcker. Wallnerstrasse 32. 11866

Kaubau! Gebrauchtes und neues Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Löhnen, Fenster, Dachpappe, etc. billig. Knorrstrasse 22.

Papagei-Kauf. Junge Graupapageien, Amazonen, Fingergahns, sofort sprechend, 25 Mark. Junge Sinaie zum Anlernen billig. Oranienstrasse 87, Vogelhandlung. 14456

Musikinstrumente. Gelehrter, Harmonika, Reparaturwerkstatt, Verleihergeschäft. Neue Instrumente zum Fabrikpreis. Paul Holzner, Weinbergsweg 11a. 14315

Herrenrad, erstklassig, wenig gebraucht, billig zu verkaufen. Marz, Annenstrasse 60.

Fahrrad, gebrauchtes, verkauft billig. Herz, Knorrstrasse 59. 14706

Wassertrakt. Neuer, mit Heizer 50, Korbhauer, Alter 50. Bierwagen, Brauerei, Billigste Wein- und Spirituosen-Bezugsquelle. Ignaz Sello, Brunnenstrasse 110 (neben Strassenbahn-Depot). Billigste: Kaffeehaus, Klee 27. 6968

Steppdecken billigst. Fabrik. Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 145

Cigarrengeschäft, lange Jahre bestehend, umständehalber sofort (postbillig) zu verkaufen. Sager braucht nicht übernommen werden. Oberlein von Selbstkäsem 6, 17 Postamt 43.

Halbrenner 35,00. Schädel, Schmidtstrasse 8. 66/15

Achtung! Kein Vaden, eigne Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark, und bessere Qualitäten. Garantie rein amerikanischer Tabak. Rippentafel 2 Pfund 30 Pfennig. G. Fr. Dauslage, Knorrstrasse 4, Hof parterre.

Uhren, neue sowie getragene, alle mit Garantiechein, verkaufe ich am allerbilligsten. H. Reihner, Uhrmacher, Stallackerstrasse 23, parterre, Eingang vom Thur, Eckhaus der Mariannenstrasse. 14786

Grüntraumgeschäft. Koffers, Arbeitergehälter, wegen Anstellung des Mannes verkäuflich. Korb, Loden, Lederstrasse 45, Köhler. 1467

Kinderwagen verkauft. Köhler, Oranienstrasse 188. 1429

Schriftliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtsakten, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billig Frau Wildberg, Gröbnerstrasse 32, Quergebäude III.

Kunstkopiererei von Frau Kolodny, Steinwegstrasse 48.

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Knorrstrasse 78 parterre, Eisenbahnstrasse 18.

Anfertigung eleganter Herren-Garderobe. Teilzahlung gestattet. Marck, Kleine Frankfurterstrasse 20.*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Hilmstrasse 56, 2. Hof parterre. 23876

„Wort“, feinste Qualität, das feine geschweifte Papier; wer gemächlich rauchen will, raucht Wort-Cigarren. 14406

Zum Gemüthlichen Thüringer, Willhelmsberg, vis-à-vis den Kirchhöfen. Empfehle mein Votol, Kaffeebohne, Regenbohne, Garten, August Gähler. 1446

Vernunft Heilke und Garten, Schwedterstrasse 28, Sonnabend an. Berline zu vergeben. 149

Bereinstimmer, Piano, auch Sonntag. Hermann Koch, Jasmundstrasse 10. 1469

Vereinstimmer, neu renoviert, Grünstrasse 21. Weihnacht. 6582

Hiermit zur Kenntnis, daß ich Herrn Venzgen nicht angetraut habe. Hantsch. 14845

Wer sich die Feiertage gut und billig anstellen will, der lasse sich Jermann, Wankenschloß hart am Bahnhof, 1/2 Stunde von Berlin (Stettiner Vorort). Großer Park, zwei Regelmahnen, Laubjagd, Spiel, hochfeine Küche 0,20, Speise billig. Angelarten, Seebadstraße 60, D. J. J. 14676

Mittel-Raveller-Heine, ret. Auskunst, Friedrichstrasse 39. Ulrich. 14626

Nach neuer Information hat sich herausgestellt, daß Herr Rechtsanwalt Emil Bischof, Oranienstrasse 84, an der Berliner-Strasse glücklich unbeteiligt ist. G. Donath. 14826

Kunsthändler-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Hilmstrasse 56, 2. Hof parterre. 23876

„Wort“, feinste Qualität, das feine geschweifte Papier; wer gemächlich rauchen will, raucht Wort-Cigarren. 14406

Zum Gemüthlichen Thüringer, Willhelmsberg, vis-à-vis den Kirchhöfen. Empfehle mein Votol, Kaffeebohne, Regenbohne, Garten, August Gähler. 1446

Vernunft Heilke und Garten, Schwedterstrasse 28, Sonnabend an. Berline zu vergeben. 149

Bereinstimmer, Piano, auch Sonntag. Hermann Koch, Jasmundstrasse 10. 1469

Vereinstimmer, neu renoviert, Grünstrasse 21. Weihnacht. 6582

Hiermit zur Kenntnis, daß ich Herrn Venzgen nicht angetraut habe. Hantsch. 14845

Wer sich die Feiertage gut und billig anstellen will, der lasse sich Jermann, Wankenschloß hart am Bahnhof, 1/2 Stunde von Berlin (Stettiner Vorort). Großer Park, zwei Regelmahnen, Laubjagd, Spiel, hochfeine Küche 0,20, Speise billig. Angelarten, Seebadstraße 60, D. J. J. 14676

Mittel-Raveller-Heine, ret. Auskunst, Friedrichstrasse 39. Ulrich. 14626

Stellenangebote.

Klavierspieler für Sonntag und Festtage sucht Hoffmann, Bantow, Wühlstrasse 25. 14876

Korbmacher auf edle grün gefärbte Arbeit verlangt. B. Brodmann, Senior, Französischer Buchhof, Hauptstrasse 50, hinter der Kirche. 14876

Spiegelbeleger, welcher mit Tischbeleg vollkommen vertraut ist, findet dauernd und lohnend Beschäftigung in einer hiesigen großen Spiegel- und Rahmenfabrik. Adressen unter G. 6 an die Expedition dieses Blattes.

Gewerbe Schletter auf große Arbeit verlangt. Sedert, Brinzenstrasse 32. 14786

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Vermischte Anzeigen.

Viola, Klavier-Unterricht. Methode Oskar Brennecke. Monats-honorar 10,00. Oranienstrasse 118.

Patentanwalt Tammann, Oranienstrasse 57, Moritzplatz. Erfindern kostenloser Rat abends bis neun.

Unfallklagen, Invalidenklagen, Reklamationen fertigt Schulze, Bergmannstrasse 107. 10899

Rechtsbureau, Rechtsfälle, Eingabengelege, Patentierung, Andreas, Große Bräuerstrasse 11a. 14671

Wiederlegten, Brodhaus, Bremen, Gelehrterwerke und alle anderen Bücher belebt und fäkt. Dammann, Kochstrasse 55, Amt 4a 6944. 6848

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes separates Zimmer, 15 Mark. Venz, Rammstrasse 66.

Möbliertes Zimmer sofort. Stallhändlerstrasse 47, vorn II. 147

Schlafstellen.

Schlafstelle, Herrn, separat, Wallstrasse 21/22 Quergebäude, Gerth.

Möbliertes Schlafstelle mit schöner Aussicht für 1-2 Herren zu vermieten bei Stube, Bantow, Kaiser-Friedrichstrasse 71, vorn III. 149

Fremdliche Schlafstelle. Köhler, Kaffeehaus Nr. 23. 1475

Mietsgesuche.

Gelucht großes leeres Zimmer, möglichst mit Wasserleitung. 1. Juni. Offerten Frau Birne Müller, Wienerstrasse 20, Postamt 2, parterre. 14856

Achtung! Holzarbeiter.

In der Tischlerei von **Wiese, Köhlerstr. 28**, haben die Kollegen wegen Verhinderung die Arbeit niedergelegt. 81/3

In der Kuchentischlerei Fabrik von **Rosch** u. Sime, Schlichterstr. 21, haben sämtliche Tischler wegen Abgangs die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. 81/18

Die **Ordnungsverwaltung** des **Holzarbeiter-Verbands**.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Suche Tischler, Frau Witzel, Friedrichstrasse 16, 1/2 Treppen. 6818

Achtung! Kürschner!

Wegen der Ausperrung in der **Rügensabrik** von **G. H. Hoffmann**, Zeislerstrasse 14, ist bis jetzt noch keine Entlohnung zu Hande gekommen. Gähly ist fern zu halten. 81/11 **Der Vertrauensmann.**

Streng feste Preise! Mein neues Preisbuch wird auf Wunsch gratis und franco versandt.

Streng feste Preise! Bitte meine grossen Schranktüren im Hansflur zu beachten!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zu den bevorstehenden Pfingstfeiertagen ersucht die Lokalkommission die Parteigenossen, die am 12. Mai erscheinende Lokalliste besonders beachten zu wollen. Die Lokalkommission ist der Ueberzeugung, daß eine große Auswahl von solchen Lokalen den Genossen zur Verfügung steht, deren Wirte ihre Säle und zu Versammlungen hergeben. Darum muß es Ehrensache der Genossen sein, in jeder Beziehung die von ihr ins Leben gerufene Lokalliste zu respektieren. Thue ein jeder seine Schuldigkeit, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. Das Lokal des Herrn Kunze, Scharnweberstraße 120, Reinickendorf-West, Ziegeler Chauffee, steht der Arbeiterschaft von jetzt ab zur Verfügung.

Dagegen stehen die Lokale von Philipp Leichert, zum Schützenhause, Scharnweberstr. 4, und von Müller, Scharnweberstraße, vis-a-vis dem Dankeskirchhof, der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Vierter Wahlkreis Ost. Die Parteigenossen machen wir auf das am ersten Pfingstfeiertag, früh 5 Uhr, stattfindende Frühkonzert in den Lokalen „Victoria-Garten“ von Jöhl und „Carl-Restaurant“ von Ludwig in Treptow aufmerksam. Das Arrangement ist so getroffen, daß nur gute musikalische und gesungene Kräfte gewonnen wurden, welche es sich angelegen sein lassen, allen Ansprüchen gerecht zu werden und das Vergnügen selbst zu einem genussreichen zu machen. Um recht zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

Schönhauser Vorkad. Am zweiten Pfingstfeiertage findet im „Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103, ein Frühkonzert statt, veranstaltet von den Parteigenossen der Schönhauser Vorkad, unter Mitwirkung des Berliner III. Trio. Die Kaffeekasse steht den Genossen von 5 Uhr an zur Verfügung. Eintritt 20 Pf. Um rege Beteiligung ersucht Das Komitee.

Kokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Von unserem Genossen Vorgan wurde bei Gelegenheit der Berichterstattung des Rechnungsausschusses über eine Reihe von Rechnungen ein Vorkommis zur Sprache gebracht, das sich seiner Zeit in der Konstituante zugetragen hat. Ein Mitglied der Konstituante, der Stadtverordnete und gl. V.ourat Kullmann, hatte im Auftrage der Deputation die Ausarbeitung des Entwurfs zu einem Eingangsthor für den Friedrichshain übernommen und hinterher 1000 Mark dafür liquidiert. Vorgan und mit ihm Singer erklärten es für unzulässig, daß städtische Arbeiten in dieser Weise vergeben würden, selbst wenn, wie in dem vorliegenden Fall, nur die Auslagen für eine als Hilfskraft angenommene dritte Person liquidiert werden. Von Seiten der bürgerlichen Fraktionen der Versammlung wurden keinerlei Einwendungen gegen das Verfahren gemacht, das in dieser Angelegenheit befolgt worden ist; zwei Herren aus ihrer Mitte erklärten, es sei so alles in bester Ordnung. Sie haben der städtischen Verwaltung damit gewiß keinen guten Dienst erwiesen. Ein paar Vorlagen, die besonders die Hausbesitzer angehen, wurden nach kurzer Debatte einem Ausschuss zur Vorbereitung überwiesen. Die eine betrifft das Octostatut über die Anlegung von Straßen und die Heranziehung der Anlieger zu den Kosten, die andre die Erhebung von Beiträgen zu den Kosten neuer Straßen, Brücken und Ho weiter nach § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes von 1893. Die Heßsporne unter den Vertretern des Hausgärtnerzweigs in der Versammlung verhielten sich schweigend. Sie haben auch keinen Grund, sich darüber zu beklagen, daß ihnen in den Vorlagen allzu sehr zu nahe getreten wird. Auch dann liegen sie sich nicht aus ihrem Bau heraus, als Singer darauf hinwies, wie rücksichtsvoll sie der Magistrat behandelt wissen will. — Nachher gab es eine lebhaft und interessante Debatte über die neuesten Auswüchse der Polizeimacht, über die Häuser-Schließordnung und das bekannte Vorgehen gegen die Schankwirte. Ihre Genossen Pfannsch und Ewald übten mit rüchhaltiger Schärfe Kritik an der auffälligen Verdrücktheit der Bekämpfung, die die Polizei den einzelnen Schankstätten zu teil werden läßt, an der merkwürdigen Inkonsequenz, mit der sie die Bestimmungen über die Polizeistunde handhabt. Leider hat der Mangel an Mäßigkeit, den der Magistrat dem Polizeiregiment gegenüber stets und ständig bekundet, der Polizei den Mut zu ihrer neuesten That gekostet.

Die Kreisynode, welche in diesen Tagen versammelt sind, haben sich doch nicht ausschließlich mit den lieblichen Zänkereien unterhalten, von denen wie gestern einige Beispiele anzuführen hatten. In der Kreisynode II war ein Prediger Philipps menschenfreundlich und verständlich genug, die Lage der Friedhofs-Arbeiter zur Sprache zu bringen. Er meinte, die Synode müsse Gewissensbedenken tragen, die jetzigen Zustände aufrecht zu erhalten, die namentlich in Bezug auf die Arbeitsbedingungen im allgemeinen und die Sonntagsarbeit im besondern viele Härten und Unzulänglichkeiten in sich bergen. Der Prediger stellte darauf folgende Anträge, die von der Synode angenommen wurden:

- 1. Die Kreisynode richtet an das A. Konsistorium das Ersuchen, anordnen bezw. dahingehende Anregungen bei den zuständigen Instanzen geben zu wollen: 1. daß die Friedhofsarbeiter an jedem zweiten Sonntag (bezw. Festtag) von aller Arbeit befreit werden, und zwar ohne Lohnverlängerung; 2. daß an den Sonntagen alle Arbeit verboten werde, die auch Tags zuvor oder hernach geschehen kann (wie Gräftegraben, Hügelaufliegen, Stichen, Wegereinigen etc.); 3. daß nach Möglichkeit der Hüfäng von Begräbnissen an den Sonntagen entgegengewirkt beziehungsweise für den Sonntag besondere Hilfsarbeiter eingestellt werden, um einer Ueberlastung der regulären Arbeiter gerade am Sonntag zu steuern; 4. daß für die Arbeiter auf allen Berliner Friedhöfen ein etwa vorhandener, ausreichender großer, heizbarer und wetterfester Raum mit Sitz- und Waschgelegenheit, auch den nötigen Einrichtungen zur Aufbewahrung der Kleider, für die Ruhepausen bezw. zum Schutz gegen Luft weiter zur Verfügung gestellt oder neu errichtet werde; 5. daß die verheirateten ansässigen Arbeiter möglichst nicht durch zugereifte, jugendliche oder gar Frauen um geringerer Löhne willen aus ihrer Arbeit verdrängt werden; 6. daß die tägliche Arbeitszeit (excl. der notwendigen Pausen) 10 Stunden nicht übersteige; 7. daß die Lohnfrage möglichst einheitlich für ganz Berlin geregelt werde unter Zugrundelegung eines Normallohnes von 4 M. pro Tag für den regulären Arbeiter; 8. daß für Ueberstunden ein festes prozentualer Zuschlag von 25-50 Prozent gewährt werde. — 11. Kreisynode empfiehlt den ihr angeschlossenen Gemeinden, soweit sie dazu kompetent sind, im Sinne obiger Anträge auch ihrerseits selbständig vorzugehen, bezw. die Mittel für die dadurch notwendigen Ausgaben von der Stadtsynode zu erfordern.

Man mag zwar einwenden, daß Reformen dieser beschriebenen Art schon längst hätten eingeführt werden sollen, allein wir wollen den Geistlichen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie jetzt erst kommen, sondern hoffen, daß das Konsistorium ihrer Anregung stattgibt.

Die Einnahmen, welche der Kirche gerade aus dem Friedhofsmonopol erwachsen, sind groß genug. Vor einiger Zeit berechneten sie einmal, daß der Unternehmerrgott, den sie aus solchen Arbeitern zieht, welche die Grabhügel begießen, während der in Betracht kommenden sechs Sommermonate, pro Kopf 300 Mark

beträgt; an jedem mit dem Regen des Regens betrauten Arbeiter profitiert die Kirche täglich sogar 20 Mark. Dieser Betrag der Tagelohn der Friedhofsarbeiter bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden durchweg 3 Mark.

Durch eine unverzeihliche Frevelthat ist am Donnerstag nachmittag 4 Uhr in Schöneberg ein zwölfjähriger Schüler schwer zu Schaden gekommen. Um diese Zeit ging eine Arbeiterfrau mit einem Mädchen und einem Knaben durch die Prinz Georgstraße, als plötzlich der Junge lautlos zusammenbrach. Eine leere Bierflasche war, wie man annimmt, von einem Neubau auf die Straße geschleudert worden und dem Kinde auf den Kopf gefallen. Der arme Knabe wurde in anscheinend schwerverletztem Zustande in die Unfallstation gebracht.

Dieser wohl auf frevelhaften Uebermut zurückzuführende Vorgang giebt uns Veranlassung, eine Unsitte zu rügen, die auf Neubauten leider gang und gäbe ist. Wer in den Vororten, wo sich vielfach Neubau an Neubau reiht, durch die Straßen pilgert, ist vor Glasplittern häufig kaum seines Lebens sicher. Ueberall liegen auf Bürgersteig und Straßendam Trümmer von Bierflaschen, die aus Ursachen, für die sich wahrscheinlich nicht die geringste Motivierung herbeibringen läßt, meist aus den Kauten herausbefördert worden sind. Wir wollen weniger den Schaden in Betracht ziehen, die der Bierleserant durch diese Behandlung fremden Eigentums erleidet, obgleich die Summen, die auf solche Weise verloren gehen, wahrscheinlich keineswegs gering sind. Weit mehr kommt in Betracht, daß die Glasplitter vor allen Dingen den spielenden Kindern sehr gefährlich werden. Es braucht ja nicht immer eine Bierflasche jemand auf den Kopf zu fallen, aber namentlich zur jetzigen Jahreszeit, wo Kinder vielfach barfuß gehen, sind in den Vororten durch Glasplitter herbeigeführte Fußverletzungen etwas Alltägliches. Wieleicht tragen diese Peilen dazu bei, daß einer Unsitte entgegengetritt wird, für die es keinerlei Entschuldigung geben kann.

Unter Geschäftskleuten bestehen vielfach Zweifel darüber, ob die Ladengeschäfte am Sonnabend bis 10 Uhr geöffnet sein dürfen. Wie uns auf eine Anfrage mitgeteilt wird, braucht wie heute so auch Sonnabend der Geschäftsbetrieb erst zehn Uhr einzutreten.

In der Bernauer Mordsache sind gestern drei Verhaftungen erfolgt. Als mutmaßliche Mörder sind im Laufe der Nacht zum Donnerstag drei der gefährlichsten Eindrehen Berlins festgenommen worden, die ihren Komplizen, den ehemaligen Schloffer und späteren Eindrehen Richard Conrad in der Nacht zum letzten Montag menschlings umgebracht haben. Sie hatten, einer Zeitungsmeldung zufolge, gefürchtet, Conrad könne ihnen hinsichtlich der gemeinsam ausgeführten Einbrüche, und Raubzüge in der weiteren Umgebung Berlins als Verräter gefährlich werden. Die Namen der Verhafteten werden noch nicht genannt. Die Entdeckung und Festnahme der Mörder soll in erster Linie der persönlichen Initiative des Kriminalkommissars v. Baedmann zu danken sein. In Schönlinde bei Ludenburg hatte Conrad unter falschem Namen mehrere Wochen als Mieter in einem einsamen Gehöft gewohnt, dessen Wirt, ein ehemaliger Staatspensionär und jetziger gefährlichster Eindrehen, zu seinem Mörder geworden ist. Dieser „Pensionär“ darf, so weit bis jetzt festgestellt ist, als Haupt der vierköpfigen Eindrehenbande gelten und dürfte den ersten Streich gegen seinen Genossen Conrad geführt haben. Der letztere, der 30 Jahre alt und unverheiratet ist, lebte in Berlin und später in Schönlinde mit einer geschiedenen Frau zusammen, deren Namen er angenommen hatte. Seit etwa zwei Monaten verfolgte die Berliner Kriminalpolizei unausgesetzt die vier bezeichneten Individuen, weil sie dringend verdächtig der Teilnahme an größeren Einbruchsdiebstählen in Berlin erschienen. Die drei Personen sind in der letzten Nacht in Berlin, wohin sie sich nach der That geflüchtet hatten, in drei verschiedenen Lokalen festgenommen worden, ohne daß der eine von der Verhaftung des andern eine Ahnung hatte. Heute sollen sie der Staatsanwaltschaft vorgeführt werden.

Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtschulrats beschloß gestern abend 4 Bewerber zur engeren Wahl zu stellen, sich aber diese näher zu informieren und dem Plenum Bericht zu erstatten. Später soll dann zur Wahl geschritten werden, um dem Plenum definitiv Vorschläge unterbreiten zu können.

Ein gekrankter japanischer Professor verübte gestern früh 2 1/2 Uhr in seiner Wohnung, Kesseler, 13. Brandstraße, und brachte außerdem einem Gärtner durch Weichheit erhebliche Verletzungen bei. Prof. Schirrah weilt im Auftrage der japanischen Regierung seit etwa zwei Jahren in Berlin, um hier deutsche Sprachstudien zu betreiben. Er wohnt als Chombregant in Kesselerstraße 13 bei dem Monteur Traugott, der viel auf Reisen ist. Gestern begann Sch. verdächtige Reden zu führen und behauptete, von der japanischen und deutschen Gesandtschaft verfolgt zu werden. Er rief Frau T. und ihre Tochter zu seinem Saunge an und händigte ihnen einen Gummistückel und einen geschlossenen Dolch ein, damit sie gegebenenfalls sein Leben verteidigten könnten. In ihrer Angst baten die Frauen den befreundeten Gärtner Franke, der in der Nachbarstraße wohnt, die Nacht über in ihrer Wohnung zu schlafen, um den Japaner zu beaufsichtigen. Bald nach 3 Uhr wurde Brandgeruch beobachtet und gefunden, daß Sch. im Korridor stehendes Bücherregal in Brand gesetzt und sich dann in seine Stube fest eingeschlossen hatte. Während man Feuerlöscher ertönten und die Feuerwehr herbeigerufen wurde, lag Sch. im Fenster und lachte. Da auch aus seiner Stube Rauch drang, so sprengte Franke im Verein mit dem Klempner Michaelis die Thür. In demselben Augenblick sprang Sch. aus und ging mit einem Weile auf die beiden Männer los. Der erste gegen Franke gerichtete Schlag wäre sicher tödlich gewesen, wenn er nicht auch den Kronleuchter getroffen hätte und dadurch abgelenkt worden wäre. Der Kolende erweckte sich der Angriffe der beiden Männer mit herkulischer Kraft und hielt selbst einem mittlerweile herbeigekommenen Säugmann noch Stand. Erst nach längerem Ringen konnte er gefesselt und zur Polizei gebracht werden, die seine sofortige Ueberführung nach Döllberg verfügte. Sch. hatte auch seine Stubeneinrichtung mit Petroleum bezogen und im letzten Augenblick angezündet, doch konnte das Feuer noch im Keime erstickt werden. Der Gärtner Franke hat bei dem Renkontre mehrere erhebliche Kopfwunden davongetragen.

Wie die Ministerialverfügungen, betreffend das Verbot der offenen Coaksfeuer, besagt wird, darüber geht uns von gewerkschaftlicher Seite folgende Mitteilung zu: „An der Ecke der Friedrich- und Lindenstraße wird ein Vierspalt für den Vogenshofer Vierausschank errichtet, der offenbar noch zu Pfingsten fertiggestellt werden soll. Im Hausflur, wo die Maler beschäftigt sind, brennen nicht weniger als sechs offene Coaksfeuer. Eine Atmosphäre herrscht dort, die kaum zu ertragen ist. Im Laden, auf der Kaffeebank, wo ebenfalls Maler arbeiten, werden sogenannte Patentschloten gebraucht; der Dunst und Qualm ist für die auf der Kaffeebank stehenden Maler im höchsten Grade gesundheitsgefährlich. Ebenso fehlt es an einem Raum, wo die Maler ihre Kleider lassen könnten. Trogdem in allerhöchster Nähe ein Schumannsposten steht, scheint die Polizeibehörde noch nichts von dem Uebelstand zu wissen. Wir wollen hoffen, daß die Absehung dieser Missethäter nicht allein Abhilfe bringt, sondern die maßgebenden Kreise auch allgemein von der Notwendigkeit einer durch Arbeiter ausgeübten Baukontrolle überzeuge.“

Das Kinderasyl in der Kürassierstraße, welches schon am 1. Mai d. J. bezogen werden sollte, wird heute seine ersten Pflege-

befohlenen aufnehmen. Die Kleinen, welche dorthin übersiedeln werden, waren bis jetzt im Waisenhaus in der Alten Jakobstraße untergebracht. Das neue Asyl ist zur Aufnahme von 50 Kindern bestimmt, wird aber späterhin noch eine bedeutende Erweiterung erfahren, zu welchem Zwecke die beiden Nebenhäuser Kürassierstr. 23 und 24 von der Stadt bereits angekauft worden sind.

Schwindler auf dem Dreirad. Vor einer Buchhandlung in der Berlinerstraße 130 fuhren gestern auf einem Dreirad drei junge Männer vor. Während einer draußen beim Rad blieb, gingen die beiden andren in den Laden hinein, kauften etwas für 30 Pfennige und bezahlten. Dann nahm einer ein Zweirad aus dem Laden und bat den Geschäftsmann, es zu wechseln. Während der Buchhändler das Kleingeld aufzählte, schwangen ihm die beiden Kunden in einer widerlich freudlichen Art so viel von beabsichtigten Abkommments auf diese und jene Zeitschrift an, daß seine Aufmerksamkeit von dem Gelde abgelenkt wurde. Nun strichen die Leute mit den kleinen Rängen rasch auch das Zweirad aus dem Laden, und auf dem Ladentische lag, ein, empfahlen sich, schwangen sich zum Dritten auf das Rad und fuhren davon. Da die Schwindler diesen alten Kniff in neuer Umkleidung wohl auch noch anderwärts anzubringen suchen werden, so sei vor ihnen gewarnt. Alle drei sind 20 bis 25 Jahre alt. Der eine kam nicht beschrieben werden. Von den beiden, die in den Laden kamen, ist einer etwa 1,65 Meter groß und unterseht, hat ein bartloses Gesicht und trägt einen grau gepulverten Anzug und einen Strohhut. Der andre ist ebenso groß, hat einen dunklen Schnurrbart und trägt einen schwarzen Jacketanzug und einen schwarzen weichen Filzhut.

Mit der Durchführung der neuen Polizeiverordnung, nach der die Gast- und Schankwirtschaften morgens statt um 4 erst um 6 Uhr wieder aufgemacht werden dürfen, ist gestern morgen in der 12. Hauptmannschaft im Nordosten der Stadt begonnen worden. Binnen drei Tagen soll die neue Verordnung in ganz Berlin durchgeführt werden. Einige Wirte wollen sich anzeigen lassen, um eine gerichtliche Entscheidung über die Gültigkeit der Verordnung herbeizuführen. Das wird ihnen aber wohl wenig helfen.

Ein schwerer Unfall ereignete sich vorgestern im Betriebe der Firma Siemens u. Halske zu Charlottenburg. Einem Arbeiter wurde durch eine vom Wagen fallende Achse der Brustkasten völlig eingedrückt, so daß er auf der Stelle starb. Die Lagerböde, welche im Wege lagen, hatten es dem Arbeiter unmöglich gemacht, beiseite zu springen. Nachdem das Unglück geschehen war, wurden die Lagerböde weggeräumt.

Ueber die Verschwendungssucht des verhafteten Bankdirektors Kommerzienrats Schulz von der Pommeren Hypothekbank wird uns aus Göttingen geschrieben: Vor zwei Jahren heiratete Schulz hier seine jetzige zweite Frau, die Tochter eines hiesigen Kaufmanns. Durch seine habgierigen Ausgaben für Geschenke, Trinkgelder etc. wurde Schulz hier allgemein der Held des Tages. Das Glas Bier bezahlte er gewöhnlich mit 10 und 20 M., die Braut und deren Familie überhäufte er mit kostbaren Geschenken. Bei der Hochzeit hat es förmlich „Geschenke geregnet“; mit goldenen Uhren, Armbändern, Brochen und Diamantnadeln wurden alle Gäste bedacht, 500 M. Trinkgeld erhielt das Dienstpersonal, Cigaretten unter 3 M. pro Stück wurden nicht gerächt. Eine Schaupieltruppe aus Berlin mußte extra hierher kommen, um am Polterabend Aufführungen zu veranstalten. Um der Braut einen Blumenkorb von Berlin nach hier zu bringen, reiste ein Gärtner von dort nach hier zweiter Klasse. Kurz und gut, jedermann sah und hörte, daß das Geld bei Schulz keine Rolle spielte. — Der Stadt Oldenburg hat Schulz Schenkungen gemacht, die in die Hunderttausende gehen.

Ein schwerer Unfall hat sich bei der Landung eines Fesselbalkens auf dem Tempelhofer Felde zugetragen. Als gestern vormittag gegen 11 1/2 Uhr nach einem glücklichen Aufstieg ein Ballon der Luftschiffer-Abteilung landen wollte, stürzte der Ballon, bei dem das Ventil anscheinend nicht richtig funktionierte, plötzlich mit rapider Geschwindigkeit herab. Während es dem einen Insassen gelang, durch einen Sprung aus der Gondel glücklich zur Erde zu kommen, trug Lieutenant Hahn bei dem heftigen Aufschlagen des Korbes mehrere Knochenbrüche davon, so daß er von Wundschmerzen der Luftschiffer-Abteilung vom Plage getragen werden mußte.

Die Dampfer-Gesellschaft „Stern“ macht bekannt, daß mit dem Pfingstsonntag, den 28. Mai, auf ihren sämtlichen Linien der Sommer-Jahresplan in Kraft tritt. Am dritten Pfingstfeiertag werden um 1/2 10, 10 und 2 Uhr Sonderfahrten nach Grünau, Zeughe, Daniels Abfrage veranstaltet.

Die Klopstockstraße von der Händelstraße bis zur Charlottenburger Chauffee wird wegen Asphaltierung vom 29. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Der Sportpark Friedenau veranstaltet am Sonntag, den 2. Juni, große internationale Ringer-Turnen. Das Feld der Klasse A wird voraussichtlich aus Janczelski, Edegaard, Krond, Ruder und Seidl bestehen, denen am darauffolgenden Tage, Montag, den 3. Juni, sich nach Major Tapier hinzugesellen wird. Es dürfte diese Meeting wohl als die größte sportliche Veranstaltung anzusehen sein, die bisher der Sportpark Friedenau gegeben hat.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Anlegung des schon seit dem Jahre 1898 geplanten Stichkanals. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgendes beschlossen: „Die Baudeputation wird ermächtigt, nach erfolgter Einzahlung bezw. Sicherstellung der von dem Grundbesitzern übernommenen Geldbeiträge die Ausführung aller erforderlichen Anlagen, und zwar a) des schiffbaren Kanals nebst Zubehör, b) der Uferanlagen zu bewirken.“

Den gegen die Erhöhung der Kornzölle gerichteten Petitionsantrag der Sozialdemokraten begründet Stadtv. Conrad als Referent in treffender Weise. Stadtv. A. A. Abraham trat für Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags ein und beantragte, beim Staatsministerium, Bundesrat und Reichstag dahin vorstellig zu werden, unter möglicher Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen aller Stände möglichst langfristige Handelsverträge abzuschließen. Der Antrag Conrad und Genossen wurde schließlich gegen 14 Stimmen abgelehnt und der Antrag Abraham mit 21 Stimmen angenommen.

Die Magistratsvorlage, durch die der Bau einer neuen Gasanstalt verlangt wird, fand ohne besondere Debatte fast einstimmig Annahme.

Die Beschlüsse der Wohnungsdeputation, über die wir schon neulich berichtet haben, riefen eine längere, zum Teil recht stürmische Debatte hervor. Großen Unwillen erregte es beim Magistrat wie bei der Mehrheit, daß ihnen Stadtv. Wach (Mitglied der Deputation) einige ungeschminkte Wahrheiten über ihr sozialpolitisches Niveau sagte. Wach wurde zweimal zur Ordnung gerufen. Er wandte sich energisch dagegen, daß die geplanten Einrichtungen zur Unterbringung weiterer Wohnungslosen als Massenquartiere hergerichtet und wohnungslose Familien auseinander gerissen werden, wie es die Wohnungsdeputation will. Der Antrag der Wohnungsdeputation auf Schaffung von Massenquartieren wurde nach längerer Diskussion gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, und über die Anträge Wach ging man, weil sie „nicht zeitgemäß“ und in Rixdorf nicht durchführbar seien, zur Tagesordnung über.

Aus Rixdorf. Im ihr letztes Hab und Gut gekommen sind in der Nacht zum Donnerstag 17 Familien, welche infolge der Wohnungsnot Insult im Armenhause suchen mußten. Alle entbehrlichen Wirtschaftsmittel dieser Kerkerlinge waren in einem

Soldaten untergebracht worden, welcher auf dem Anwesen Grundstück am Randendorfer Weg errichtet war. In der Nacht zum Donnerstag ist nun dieser Schuppen mit dem gesamten Inhalt in Flammen aufgegangen. Unzweifelhaft liegt Brandstiftung vor. Ein geisteskranker Vergolder W., welcher erst kürzlich aus der Irrenanstalt Eberwalde entlassen worden ist und seitdem im Armenhause wohnt, ist als der Thäter dringend verdächtig in Haft genommen worden. Die Stadtgemeinde ist durch Versicherung vor Schaden geschützt. Hoffentlich wird sie die armen Abgebrannten ebenfalls schadloshalten, indem sie die denselben verbrannten Sachen ersetzt.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit der Frage der Vergütung der Fuhrleistungen. Der Ausschuss empfahl, von der Uebernahme der Fuhrleistungen in städtische Regie zur Zeit Abstand zu nehmen und dem Antrage des Magistrats entsprechend die Fuhrleistungen dem Unternehmer Bräde in Berlin für die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1905 zu übertragen. Die Debatte drehte sich einmal um die Frage der Uebernahme in eigene Regie und zweitens darum, ob nicht trotz der dadurch entstehenden Mehrkosten doch ein Charlottenburger Unternehmer zu bevorzugen sei. Diesen lokalpatriotischen pflichtbürgerlichen Standpunkt vertrat nur eine kleine Minderheit. Mit der Uebernahme in eigene Regie war die Versammlung im Prinzip einverstanden; trotzdem wurde ein dahingehender Antrag gegen die Stimmen des freisinnigen Dr. Benzig und der beiden Sozialdemokraten abgelehnt, da die Uebernahme in städtische Regie zur Zeit nach Ansicht der Mehrheit mit zu hohen Kosten verknüpft ist. Die Magistratsvorlage gelangte zur Annahme.

Eine längere Debatte knüpfte sich auch an die Vorlage betr. die Erschließung des jüdischen Teils von Westend. Wie wir bereits mitgeteilt haben, handelt es sich um eine Abänderung des mit der Deutschen Bank geschlossenen Vertrags, in welchem eine Verbreiterung der Nebenstraßen auf 14,5 Meter vorgesehener ist. Dadurch erwachsen der Stadt Mehrkosten in Höhe von etwa 70 000 M. Die Versammlung genehmigte den Vertrag mit der Aenderung, daß die Nebenstraßen nur 14 Meter breit sein sollen. Auf diese Weise glaubt die Stadt die 70 000 M. zu sparen; tatsächlich aber dürfte ihr daraus bei einer später notwendig werdenden Verbreiterung weit höhere Kosten erwachsen.

Dem Vorentwurf für den Bau einer höheren Töchter-Schule auf dem städtischen Grundstück Rübenbergstr. 63 stimmte die Versammlung zu; der Entwurf betreffend den Bau eines Gymnasiums in der Wornisierstraße wurde einem Ausschuss von 9 Mitgliedern überwiesen. Zur Annahme gelangten ferner eine Reihe kleinerer Vorlagen sowie die Vorlage betreffend Vergütung des öffentlichen Anschlagwesens. Auch hier wurde von der Uebernahme in eigene Regie Abstand genommen und das Anschlagwesen dem bisherigen Unternehmer, Buchdruckereibesitzer Berg, der bei der Ausschreibung Meistbietender gewesen ist, für die Zeit bis zum 31. März 1911 übergeben.

Wegen der Bluttat in Lindenberg befindet sich, wie uns entgegen anderen Nachrichten mitgeteilt wird, ein Arbeiter Bed in Haft. Obwohl dieser befreit, den Schmiedemeister Grunow erschossen zu haben, so ist er doch der That dringend verdächtig. Die Behörde zweifelt nicht daran, daß der Schmiedemeister von Widdien, denen er unbekannt war, erschossen worden ist. Grunow hat mehrfach Widdien das Handweil gelegt, indem er sie beobachtete und anzeigte. Aus Furcht vor einer Anzeige und zugleich aus Rache hat ihn nun einer ums Leben gebracht. In Lindenberg sind nicht weniger als zwölf Personen als Widdien bekannt, zu ihnen gehört auch Bed. Der Verdacht gegen ihn wird noch dadurch bestätigt, daß er an dem Tage, als Grunow erschossen aufgefunden wurde, nach Malchow hinausging und sich zu erhängen versuchte. An der Ausführung dieses Plans wurde er noch rechtzeitig gehindert.

Waldbrände sind bei der herrschenden Trockenheit an der Tagesordnung. Am Dienstagmittag gerieth in der Nähe der Kolonie Fichtenau eine ca. 20 Morgen große Fläche Heidefeld

in Brand. Von herbeieilenden Förstern und Waldarbeitern, sowie der alarmierten Friedrichshagener Feuerwehr wurde durch Ziehen von Gräben und Aufwerfen von Erde das Feuer bald wieder erstickt. Ohne diese rechtzeitige Hilfe hätte der Brand leicht größere Ausdehnung annehmen und der Kolonie Fichtenau sehr gefährlich werden können.

Vermischtes.

Ueber die entsetzliche Bluttat einer Mutter wird aus Herrstadt (Schlesien) telegraphisch gemeldet: Die dort in der Bobielstraße wohnhafte Frau Schubert tötete in einem Anfall von Wahnsinn mit einem Beil ihre drei Kinder im Alter von sieben, fünf und einhalb Jahren und verletzte das vierte Kind, einen neunjährigen Knaben, schwer. Nachdem sie die Leiche des jüngsten Kindes in ein Erdloch versteckt hatte, bezog sie die Leichen der beiden anderen Kinder mit Spiritus und zündete sie an. Durch den Rauch wurden die Nachbarn aufmerksam gemacht. Der Ehemann Schubert war zur Zeit verreist.

Einen verwegenen Fluchtversuch unternahm, wie aus Glogau vom 22. Mai gemeldet wird, der am 9. Mai von der Strafkammer zu 7 Jahren Gefängnis verurteilte falsche Generaldirektor des Fürsten Fleh, der Hochkapler Friedrich Weiß, alias Nelson. Als er im Gefängnis hofe spazieren geführt wurde, erklomm er das Dach der Retirade und legte von da aus über die Gefängnismauer hinweg. Der Gefängniswärter verfolgte den Flüchtling sofort und es glückte ihm, denselben mit Hilfe eines Wächters in dem drei Kilometer weit entfernten Dorfe Weidich wieder einzufangen. Der Sträfling, der unterwegs seine Schube im Stich gelassen hatte, wurde gefesselt in das Gefängnis zurückgeführt.

Ein gräßlicher Mord wird aus Paris gemeldet. In einem Wagen erster Klasse der Pariser Gürtelbahn tötete Mittwochabend ein 21-jähriger Buchhalter ein junges Mädchen durch mehrere Revolverschüsse und warf, als der Zug durch einen Tunnel fuhr, den Leichnam auf das Geleise. Der Mörder wurde verhaftet; wie es scheint, handelt es sich um ein Eifersuchtsdrama.

Marktpreise von Berlin am 22. Mai 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Welsen, gut	17,60	17,58	Sortroseln, neue, D-Str.	7,-	5,-
mittel	17,56	17,54	Rindfleisch, feine 1 kg	1,60	1,20
gering	17,52	17,50	do. Bauch	1,20	1,-
Roggen, gut	14,75	14,74	Schweinefleisch	1,80	1,20
mittel	14,71	14,72	Kalbsteisch	1,80	1,-
gering	14,71	14,70	Hammelfleisch	1,60	1,-
Weise, gut	16,-	15,-	Butter	2,60	2,-
mittel	14,90	15,90	Eier 60 Stück	3,60	2,20
gering	13,80	12,90	Karssen 1 kg	2,20	1,30
Hafel, gut	16,20	15,60	Haie	2,80	1,20
mittel	15,50	14,90	Hauder	2,60	1,20
gering	14,80	14,20	Berche	2,40	1,20
Maisstroh	7,16	6,82	Barische	1,60	0,80
Sen	8,40	5,90	Salze	2,80	1,20
Erdsen	40,-	25,-	Biele	1,20	0,60
Speisebohnen	45,-	20,-	Archie	18,-	3,-
Linjen	70,-	25,-			

† ab Bahn und frei Mühle.

Produktenmarkt vom 22. Mai. Getreide. Nach dem preussischen Saatensandbericht sind die Ernte-Aussichten für die Winterfrüchte nach wie vor recht trübe, und der hoffnungsvoller lautende Postfuß des vom 15. Mai datierenden Berichtes über die Sommerung machte an der Börse bedehall keinen Eindruck, weil man annimmt, daß gerade die letzten acht Tage mit ihrer Trockenheit viel geschadet haben. Die Tendenz des Marktes war sehr fest. Kommissäre kauften bedeutende Posten Getreide für Rechnung der Provinz. Weizen erstelte bis 2 M., Roggen 1,25 M. bessere Preise als gestern. Oestreich-Ungarn kam fest, Amerika leicht abgeschwächt. Ausländische Oefferten zu ungefähr remittablen Preisen waren ausreichend vorhanden. Wehl zog 0,10 M. an. Hafer war behauptet.

Rais nach wie vor fest. Sehr fest war die Stimmung für Rübsl im Anschluß an Paris; Lieferungspreise verloren 50 Pf. Roggen war spöter leicht abgeschwächt infolge größeren russischen Angebots, das vornehmlich zu Abschließen führte. Auch Weizen konnte keine höchsten Preise schließlich nicht voll behaupten.

Spiritus matt; 70er loco kam heute zu dem gestern gebotenen Preise von 43,90 (- 0,30) zur Notiz.

Witterungsübersicht vom 23. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. °C
Swintende	772,8RD		3 heiter	10	Saparanda	771,8RD		4 heiter	12		
Danzburg	774,8RD		1 wolkenl	10	Betersburg	776,8RD		1 wolkenl	12		
Berlin	772,8		3 heiter	10	Lort	772,0		4 heiter	13		
Frankf./M.	769,8RD		4 wolkenl	14	Kberden	—		—	—		
München	768,0		6 heiter	11	Paris	766,8RD		2 wolkenl	14		
Wien	768,8		1 wolflig	10							

Wetter-Prognose für Freitag, den 24. Mai 1901. Bielest wolllig, aber trocken bei mäßigen nördlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Siedak. Die Stadtbahn ist 1882 dem Betriebe übergeben worden. Heilbronn. Vor dem Eintritt in solche Kassen ist wiederholt genannt worden. Der Artikel in der Schwabinger Tagwacht dürfte Ihnen als Anstanz genügen. Beiträge müssen Sie zahlen bis Sie Ihren Austritt angemeldet und vollzogen haben.

H. S. Vom Berliner Radfahrer wurde die erste Hälfte 1865, die zweite 1870 fertig. Die Gerichtslande ist 1871 in Berlin abgebrochen und im Schloss Babelsberg wieder aufgebaut worden.

C. S. 100. Wenn Sie weitergehenden Bescheid brauchen, so holen Sie denselben mündlich von uns oder anderer Seite ein. Es sind doch schließlich Kinderreien, für die eine politische Zeitung nicht da ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige.
Am 21. Mai verstarb an der Proktorierkrankheit unser Mitglied, der Postamtsarbeiter **Hermann Mielke.**

Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Werthemann-Kirchhofs im Nieder-Schönhausen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **105/1 Die Ortsberwaltung.**

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 22. d. Mts., früh 5 Uhr, verstarb mein guter Mann, der Malermeister **Max Sommerfeld.**

Bei der Bitte um stille Teilnahme Die tieftrauernde Witwe **Marie Sommerfeld geb. Kummer.**

Die Beerdigung findet am ersten Feiertag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Wilhelmshagen aus statt.

Todes-Anzeige.
Am 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, starb unter Kollegen und Verbandsmitglied, der Dachdecker **Hermann Schmieder.**

Eisenaderstr. 78 wohnhaft, im Alter von 41 Jahren vom Neubau Friedbergstraße zu Charlottenburg fünf Etagen ab, worauf sofort der Tod eintrat. Die Ursache war **Fehlen der polizeilich vorgeschriebenen Schutvorrichtung.** Der Verunglückte hinterläßt Frau und drei Kinder.

Die Beerdigung findet am ersten Pfingstfeiertag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jübiel Apffel-Kirchhofs am Maximadorier Weg aus statt. Vom Bahnhof Ebersstraße zu erreichen.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand des Verbands der Dachdecker Deutschlands, Filiale III Berlin.**

Katung, Friedrichshagen: Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 35

Empfehle meinen großen schattigen Garten für mehrere hundert Personen, Sommerhalle, Sommerterrasse und elektrisches Piano. **Kalk.**

BAERSONN

1891. 1901.

Chausseestrasse 24a/25 | 11 Brückenstrasse 11 | Gr. Frankfurterstr. 20
Zwischen Invalidenstrasse u. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. | Zwischen Jannowitzbrücke und Köpenickerstr. (Ecke Rangestr.) | Ecke Koppenstrasse, am Bürger-Hospital.

Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

Lieferanten an die preussische Armees. | Lieferanten an Garderobengeschäfte. | Lieferanten an Vereine.
Lieferanten an ausländische Gesellschaften. | Lieferanten an Waaren-Häuser. | Lieferanten an Institute.

Zum Pfingst-Feste

Sommer-Anzüge für Herren 39,- 36,- 30,- 25,- 18,- 15,-	Radfahrer-Anzüge für Herren 27,- 21,- 15,-	Crêpe-Anzüge für Herren. Sehr reiche Farben-Auswahl 39,-	Radfahrer-Hosen für Herren 8,- 6,- 4,50
Schwarze Anzüge für Herren 50,- 40,- 36,- 30,- 25,- 18,-	Loden-Joppen für Herren 6,75 5,- 4,50	Gehrock-Anzüge Schwarz und farbig 55,- 50,- 40,- 36,-	Wetter-Havelocks für Herren 21,- 18,- 15,-
Sommer-Paletots für Herren 36,- 27,- 24,- 21,- 15,-	Piqué-Westen für Herren 6,50 5,- 4,50 3,-	Gummi-Paletots für Herren. Sehr preiswert. Wasserdicht 24,-	Knaben-Anzüge Entzückende Auswahl 12,-
Elegante Hosen für Herren 15,- 12,- 9,- 6,- 5,-	Schul-Anzüge 16,- 14,- 12,- 10,- 8,- 6,- 4,- 3,-		

Sonder-Angebote unsrer Häuser Chausseestr. 24a/25 u. Brückenstr. 11.

Filzhüte 6,- 3,75 3,- 2,50 1,90 Mk.	Serviteurs 1,- 0,75- 55 Pf.	Krawatten 1,50-1,- 0,75-0,50 15 Pf.
Cylinderhüte 12,- 10,- 7,- 6,- 4 Mk.	Oberhemden 4,50-3,50 2,75 Mk.	Hosenträger 2,- 1,90 1,25-0,90 75 Pf.
Herren-Kragen ohne Unterschied das 1/2 Dtd. 1,80 Mk.	Manschetten das Paar 0,75-0,55 45 Pf.	Spazierstöcke grossart. Auswahl 95 Pf.

Herren-Strohhüte. Moderne sehr chicce Façons in den verschiedensten Geflechten **3,50-2,50-2,-, 1,- 75** Pf. Heute bis Abends **10** Uhr geöffnet.

Grösste Auswahl. Billigste Preise. Baar-Verkauf. Feste Preise.

Die 17. Jubiläums-Preisliste wird kostenlos und portofrei zugesandt.